



BONN INTERNATIONAL CENTER FOR CONVERSION

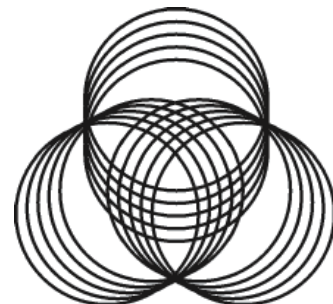
B · I · C · C

BONN INTERNATIONAL CENTER FOR CONVERSION • INTERNATIONALES KONVERSIONSZENTRUM BONN

paper 52

Iran: Wege aus der nuklearen Sackgasse

Optionen, Barrieren
und Chancen für eine
Verhandlungslösung



IFSH - Institut für Friedensforschung
und Sicherheitspolitik an der
Universität Hamburg

Iran: Wege aus der nuklearen Sackgasse – Optionen, Barrieren und Chancen für eine Verhandlungslösung

Protokoll einer Diskussionsveranstaltung
mit internationalen Experten am 14. Juni 2006 in Berlin

Eine gemeinsame Publikation von BICC (Internationales Konversionszentrum Bonn) und
IFSH (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg)

Redaktion: Jerry Sommer

Autoren

Karim Sadjapur gebürtiger Iraner, Studium an der University of Michigan und der Johns Hopkins School of Advanced International Studies, Washington, USA. Iran-Experte der International Crisis Group (ICG) und Koautor der ICG-Studie "Iran: Is There a Way Out of the Nuclear Impasse?", Februar 2006

Götz Neuneck promovierter Physiker und Forschungsgruppenleiter der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Rüstungskontrolle, Abrüstung und Risikotechnologien am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

Bernd W. Kubbig promovierter Politologe und Privatdozent. Projektleiter der Arbeitsgruppe Raketenabwehrforschung International an der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a. M.

Oliver Meier promovierter Politikwissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), internationaler Repräsentant und Korrespondent der Washingtoner Arms Control Association

Tim Guldemann promovierter Politologe. Seit 1982 im diplomatischen Dienst der Schweiz tätig, von 1999 bis 2004 Botschafter im Iran, zur Zeit vom diplomatischen Dienst beurlaubt. Lehrauftrag an der Universität Frankfurt a. M. über die Beziehungen zwischen Orient und Okzident. Koautor der o.g. ICG-Studie über den Atomkonflikt mit dem Iran

Published by
©BICC, Bonn 2006
Bonn International Center for Conversion
Direktor: Peter J. Croll
An der Elisabethkirche 25
D-53113 Bonn
Germany
Phone: +49-228-911960
Fax: +49-228-241215
E-mail: bicc@bicc.de
Internet: www.bicc.de

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg (IFSH)
Direktor Prof. Dr. Michael Brzoska
Falkenstein 1
D-22587 Hamburg
Germany
Phone: +49-040-8660770
Fax: +49-040-8663615
E-mail: ifsh@ifsh.de
Internet: www.ifsh.de

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort	4
2. Statements	8
2.1. Karim Sadjadpur: The International Crisis Group's "Delayed Limited Enrichment" Scheme: A Way Out of the Iran Nuclear impasse?	8
2.2. Götz Neuneck: Zum Stand des iranischen Nuklear- programms und zur Kontrolle der Urananreicherung	15
2.3. Bernd W. Kubbig: Thesen zur Iran-Politik der USA – taktische Annäherung oder strategische Wende?	23
2.4. Oliver Meier: Die Auswirkungen der Iran-Krise auf den nuklearen Nichtverbreitungsvertrag	34
2.5. Tim Guldemann: Gespräche mit dem Iran müssen in Gang kommen – Empfehlungen an die Europäer	41
3. Erste Diskussionsrunde	44
3.1. Fragen aus dem Plenum	44
3.2. Karim Sadjadpur: Who is the Power in Tehran?	45
3.3. Götz Neuneck: Russlands Nukleargeschäfte mit dem Iran	47
3.4. Tim Guldemann: Was bedeutet Respekt gegenüber dem Iran?	48
3.5. Bernd W. Kubbig: Ergebnisse der US-Sanktionen gegen den Iran	50
4. Zweite Diskussionsrunde	52
4.1. Fragen aus dem Plenum	52
4.2. Götz Neuneck: Dem Iran schon jetzt eine limitierte Urananreicherung gestatten	53
4.3. Oliver Meier: Die USA wollen andere Kriterien für zivile Nuklearexporte	54
4.4. Bernd W. Kubbig: Sanktionen – USA machen Druck	56
4.5. Karim Sadjadpur: Does Iran want the Bomb?	58
4.6. Tim Guldemann: Was tun, wenn die Iraner "Ja, aber" antworten?	60
5. Anhang	62
5.1. Verhandlungsangebot von China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Russland und den USA an den Iran vom Juni 2006	62
5.2. Abkürzungsverzeichnis	66
6. Literaturhinweise	67

1. Vorwort

Das BICC (Bonn International Center for Conversion) und das IFSH (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg) haben am 14. Juni 2006 eine Podiumsdiskussion in Berlin veranstaltet, auf der internationale Experten zum Konflikt um das Teheraner Atomprogramm Stellung genommen haben. Zu dieser Zeit war das Angebot der fünf UN-Vetomächte plus Deutschlands an den Iran erst in Umrissen und noch nicht im Wortlaut bekannt.¹ Auch die militärischen Auseinandersetzungen in Libanon/Israel/Palästina, die wieder einmal die gefährliche Gemengelage der Situation im Nahen/Mittleren Osten und die Schrecken des Krieges ins Bewusstsein gerückt haben, waren damals nicht absehbar.

Doch die Analysen der Experten über die Politik des Irans und der USA sowie über mögliche Kompromisslösungen für den Streit um das iranische Atomprogramm haben nichts an ihrer Aktualität eingebüßt. Das Protokoll dieser Veranstaltung liefert Hintergrundinformationen, die für die Bewertung der Entwicklungen der nächsten Wochen und Monate in diesem Politikfeld nützlich, wenn nicht notwendig sind.

Am 22. August 2006 will der Iran seine Antwort auf das Angebot der sechs Mächte bekannt geben. Es beinhaltet Maßnahmen zur wirtschaftlichen Kooperation mit dem Iran, unter anderem den Bau eines Leichtwasserreaktors durch die EU im Iran, und sieht die Möglichkeit vor, US-Sanktionen gegen Teheran in bestimmten Bereichen aufzuheben. Im Gegenzug verlangt es vom Iran als Vorbedingung für den Beginn von Verhandlungen, jegliche Aktivitäten im Bereich der Urananreicherung sowie der nuklearen Wiederaufarbeitung einzustellen. Für den Fall, dass der

¹ „Elements of a long-term agreement“, veröffentlicht als Annex zum Brief vom 13.7.2006 des französischen UN-Botschafters an den Präsidenten des UN-Sicherheitsrates als UNSC Document S/2006/521; www.un.org/Depts/dhl/, Search: “S/2006/521”. Der Text ist im Anhang dieses papers abgedruckt. Er unterscheidet sich unter anderem in zwei wesentlichen Punkten von der Entwurfsfassung, auf die sich die Experten am 14.6.2006 in Berlin bezogen haben: Die Unterstützung des Ziels einer massenvernichtungswaffenfreien Zone im Nahen und Mittleren Osten durch die sechs Mächte ist darin nicht mehr erwähnt. Das endgültige Angebot enthält ebenfalls keine Liste möglicher Sanktionen. Darauf haben sich die sechs Mächte offensichtlich nicht einigen können.

Iran dies akzeptiert, wollen sich die USA auch mit an den Verhandlungstisch setzen.

Vieles spricht dafür, dass sich der Iran zwar für Verhandlungen aussprechen, allerdings die vorab geforderte Suspendierung seiner Urananreicherungsaktivitäten ablehnen wird. Auch die einstimmig nur gegen die Stimme von Qatar verabschiedete Resolution des UN-Sicherheitsrates², in der der Iran ultimativ aufgefordert wird, jegliche Urananreicherung sowie alle Wiederaufarbeitungsaktivitäten bis zum 31. August 2006 einzustellen, wird der Iran sicher nicht befolgen. Für diesen Fall sieht die Resolution vor, dass der UN-Sicherheitsrat „geeignete Maßnahmen unter Artikel 41 des Kapitels VII der UN-Charta“ („Maßnahmen unter Ausschluss von Waffengewalt“, i.e. wirtschaftliche und diplomatische Sanktionen) gegen den Iran ergreift. Hochrangige iranische Politiker haben schon gedroht, das Land könne seine Mitgliedschaft im Atomwaffensperrvertrag überdenken, sollte der UN-Sicherheitsrat diese Absicht auch umsetzen.³

Die internationale Gemeinschaft steht damit erneut vor der Frage: Wie weiter? Soll sie in Verhandlungen oder zumindest „Gespräche über Verhandlungen“ einsteigen und die Vorbedingungen fallen lassen? Oder soll sie, wie es vor allem die USA seit langem befürworten, Sanktionen gegen den Iran verhängen, und wenn ja, auf welche Sanktionen kann man sich einigen? Auch die militärische Option ist von den USA nicht vom Tisch genommen, obwohl sie gegenwärtig nicht wahrscheinlich erscheint.

Diese Fragen standen auch im Mittelpunkt der Berliner Veranstaltung. Deshalb sind die dort gegebenen Stellungnahmen der Experten von höchster Aktualität. Wir möchten uns vor allem bei den Experten bedanken, die ihre mündlichen Beiträge für diese Publikation ergänzt und erweitert haben.

² UN-Sicherheitsrat, Resolution 1696 (2006) vom 31. Juli 2006.

³ Gholam-Ali Haddad-Adel, Sprecher des iranischen Parlaments laut „Iran Focus News“ vom 13.8.2006: „Iran threatens to pull out of nuclear Non-Proliferation Treaty“.

Karim Sadjadpur, Mitarbeiter der renommierten „International Crisis Group“ und Koautor des Iranreports dieser Organisation,⁴ erläutert den Vorschlag, dem Iran unter bestimmten Bedingungen und internationaler Überwachung durch die Internationale Atomenergiebehörde eine begrenzte Urananreicherung zugestehen statt auf einer nicht erreichbaren *zero enrichment option* zu beharren. Ebenfalls analysiert er die Kräfteverschiebungen zwischen den *hardlinern* und den *more realists* in der Bush-Administration.

Götz Neuneck vom IFSH stellt den aktuellen Stand des iranischen Atomprogramms dar. Er benennt die strittigen Fragen, die die Zweifel daran nähren, dass das Programm nur friedlichen Zwecken dient, warnt aber auch vor einer Dramatisierung, da das von der IAEO gegenwärtig kontrollierte Atomprogramm erst in den Anfängen steckt und der Iran selbst nach Einschätzung der US-Geheimdienste noch viele Jahre brauche, um eine Atombombe herzustellen.

Bernd W. Kubbig von der „Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung“ (HSFK) analysiert die neueste Politik der USA gegenüber dem Iran und kommt zu dem Schluss, dass es für eine abschließende Bewertung, ob es sich um eine strategische Kehrtwende oder nur um ein taktisches Manöver handelt, noch zu früh sei.

Oliver Meier, internationaler Repräsentant der Washingtoner „Arms Control Association“ und Mitarbeiter des ISFH, beschäftigt sich mit den Auswirkungen des Irankonflikts auf den Nichtverbreitungsvertrag. Eine friedliche und einvernehmliche Lösung sieht er als Chance, dieses kriselnde, aber sehr wichtige internationale Instrument gegen die Atomwaffenproliferation zu stärken.

Tim Guldemann, ehemaliger Botschafter der Schweiz in Teheran und ebenfalls Koautor des Iranreports der „International Crisis Group“, appelliert an die Europäer und speziell die Deutschen, ihren Einfluss nicht zu unterschätzen und eine auch gegenüber Washington selbständige Linie zu entwickeln. Selbst wenn Teheran auf das Angebot der sechs Mächte mit einem „Ja, aber“ antworte, müsse man alles daran setzen, dass Gespräche in Gang kommen und gegebenenfalls andere Intentionen der USA zu blockieren versuchen.

⁴ International Crisis Group: „Iran: Is There a Way Out of the Nuclear Impasse?“ In *Middle East Report N°51*, 23 Februar 2006. Accessible via www.crisisgroup.org.

In den Beiträgen wie in der Diskussion betonen die Experten, dass eine militärische Lösung weder praktikabel noch wünschenswert ist. Ebenfalls ist zweifelhaft, ob Sanktionen die gewünschte Wirkung auf den Iran haben werden. Immerhin ist der Iran seit Jahrzehnten von umfassenden US-Sanktionen betroffen und auch lehnen Russland und Chinas einschneidende Sanktionen bisher ab. Zu Verhandlungen mit dem Iran gibt es deshalb keine Alternative.

Wir hoffen, dass dieses Veranstaltungsprotokoll hilfreich für die Einschätzung der aktuellen politischen Entwicklungen im Streit um das Teheraner Atomprogramm ist.



Prof. Dr. Michael Brzoska
Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und
Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)



Peter Croll
Direktor des Internationalen Konversionszentrums Bonn (BICC)

2. Statements

2.1. Karim Sadjadpur: The International Crisis Group's "Delayed Limited Enrichment" Scheme: A Way Out of the Iran Nuclear Impasse?

In February 2006 the International Crisis Group published a report entitled "Iran: Is there a Way out of the Nuclear Impasse?" which sought to present a nuclear compromise acceptable to both Iran and the West. While Crisis Group agreed with Western government officials and non-proliferation experts that the ideal scenario would be the "zero enrichment option"—Iran agreeing to completely forgo its uranium enrichment program for an extended period (at least ten years)—Crisis Group posited that the current depth of mutual mistrust and ill-will between the United States and Iran made the likelihood of such a scenario extremely slim: Iran has shown no indication—in the context of chaos in Iraq and soaring oil prices—that it is willing to compromise on what it sees as its "inalienable right" to enrich uranium, and the United States has been averse to the prospect of providing Iran security assurances and removing economic sanctions, the types of incentives likely necessary to bring about such a deal.

For this reason, Crisis Group proposed as a fallback option the "delayed limited enrichment" scheme, a three-phased approach which recognizes Iran's eventual right—after several years suspension—to enrich uranium, under the auspices of an intrusive inspection regime. In the first phase of ICG's proposal, Iran would be required to halt all uranium enrichment activities for two to three years in order to build confidence and allow the International Atomic Energy Association (IAEA) unfettered access to answer outstanding questions and concerns in order to satisfy itself that all declared nuclear material "has remained in peaceful nuclear activities or has been otherwise adequately accounted for".

If Iran were to successfully "graduate" from Phase One, Phase Two of the Crisis Group proposal calls on the West to accept Iran's right to carry out a limited, monitored, low-enrichment scheme at a pre-agreed level sufficient for research and development as well as pre-industrial development (at most several hundred first-generation [P-1] centrifuges at an enrichment level below 5 per cent). During this phase—which is to last three to four years—the IAEA would continue to maintain an intrusive inspection and monitoring regime, including access to additional relevant sites and the right to continuous presence, remote surveillance and wide-area monitoring going

beyond the IAEA's Additional Protocol. Upon successful completion of Phase Two, Phase Three of Crisis Group's proposal accedes Iran the right to an "industrial scale" enrichment facility, multilaterally managed and still under IAEA inspections.

The response to Crisis Group's proposal has been mixed. On one hand, several senior EU officials, as well as IAEA Director General Mohamed El Baradei have commented that the "delayed limited enrichment" approach may be the only way to move forward⁵. Still, in Washington there is a reluctance to accept any type of Iranian enrichment capacity (at least for another decade), and in Tehran there is a refusal to accept any type of suspension of enrichment activities in order to build confidence. The most common critique of the "delayed limited enrichment" proposal has been levied by non-proliferation experts, who argue that granting Iran the right to enrich allows Tehran know-how which can be diverted for a weapons program.

While it is true that Iran would acquire more know-how through some uranium enrichment than through none at all, this is not an appropriate point of comparison. A zero-enrichment solution may be the preferred option, but in the absence of that solution Iran will continue its enrichment activities. Indeed, Iran commenced enrichment activities last January and currently is operating at least one cascade of 164 centrifuges.

The question is whether, in the absence of a zero-enrichment solution, it is better for Iran to engage in such activity with or without appropriate inspection. Under Crisis Group's proposal, Iran would have to agree to a highly intrusive inspections regime. In addition, Crisis Group insisted that "the low-enriched uranium produced from the pilot centrifuge facilities be either stored outside the country or immediately converted into fuel rods and loaded into domestic nuclear power plants", thereby minimizing the risk that low-enriched uranium, produced in the pilot facility,

⁵ German Deputy Foreign Minister Gernot Eiler said he was "very impressed by the Crisis Group proposal" (quoted 28 March 2006) and El Baradei stated that he was "convinced" that Crisis Group's publication "shows the type of creative thinking that will be needed as we seek to move forward on the Iranian issue" (quoted 13 March 2006). See: www.crisisgroup.org.

be used in a break-out scenario to shorten the time required for the production of weapons-grade uranium.

As Crisis Group stated in the report, the “proposed compromise should be compared neither to the fragile and unsustainable status quo, nor to some idealized end-state with which all sides might be totally comfortable. The more likely scenarios, if diplomacy fails, are for a rapid descent into an extremely unhealthy North Korea-like situation, with a wholly unsupervised nuclear program leading to the production of nuclear weapons and all the dangerously unpredictable regional consequences that might flow from that; or a perilous move to an Iraq-like preventive military strike, with even more far-reaching and alarming consequences both regionally and world-wide.”

In other words, a limited enrichment scheme must be measured against the most likely alternative in the absence of a deal: continued enrichment activity, coupled with no Additional Protocol, even possibly no safeguards agreement, no inspection or direct surveillance but rather unreliable satellite monitoring, as currently is the case with North Korea. Crisis Group believes that, despite the inevitable risks, it is preferable to have in place a closely monitored, limited-capacity facility with continuous surveillance to limit the risks of a military diversion.

While it is argued by some that the threat of sanctions will compel Iran to abandon its fuel cycle ambitions, there is little empirical evidence to support that claim, and many indications to the contrary. To begin, it will be extremely difficult to achieve the kind of international consensus necessary to impose effective sanctions; moreover, comprehensive U.S. sanctions against Iran over the past three decades have failed to produce any positive behavioral change from Tehran.

A change in the US approach?

While as of this writing prospects for a diplomatic breakthrough still appear far away, there are reasons to be hopeful. For the first time since the crystallization of 1979 revolution, and after months of urging from European allies, the United States has seemingly come to terms with the idea that it must have overt and direct talks with Iran. Over the last several years US attempts to isolate Iran politically and economically have proven unsuccessful: More than four years after Iran was placed into the infamous “Axis of Evil”, along with Iraq and North Korea, its nuclear posture has been more aggressive, its regional behavior more assertive, and its domestic behavior more repressive toward its own population.

Indeed, with oil prices soaring, the US bogged down in Iraq, and like-minded political friends such as Hamas and Hezbollah on the ascendancy throughout the region, Iran's Islamist regime has perhaps never been in a more confident position vis-à-vis the United States in its twenty-seven year history.

In dealing with Iran in the aftermath of the Iraq debacle, the US has been forced to pursue a multi-lateral approach which has consisted of weaker resolutions and broader coalitions, rather than stronger resolutions and narrow "coalitions of the willing". But ultimately, the longstanding and deep-seated mutual mistrust between the US and Iran has created a fundamental policy dilemma which cannot be resolved easily: The United States will never trust the mullahs to abandon their ambitions for a nuclear weapons capability, while the mullahs will never trust that the United States is not committed to seeking a different government in Tehran. Hence suspicions of the US reinforce Iran's nuclear approach, and Iran's nuclear approach reinforces the US position.

Assessing US policy

One major deficiency of the Bush administration's policy toward Iran up until now has been an unwillingness to prioritize whether the primary goal is changing the Iranian regime or dissuading and deterring Iran from pursuing/acquiring nuclear weapons capability. Officials in Washington often invoke a paradigm of two ticking clocks when it comes to Iran policy: the nuclear clock, and the regime change clock. While the US policy aim has been to insure that the regime change clock expire before the nuclear clock—meaning that by the time Iran acquired nuclear weapons capability, it would be under a friendlier, democratic government—the problem with this approach is that efforts to expedite the regime change clock (such as allotting \$75m for democracy promotion in Iran) confirm Iran's suspicions about US intentions and subsequently strengthen their ambitions for a nuclear deterrent.

Despite projecting a no-nonsense approach toward Iran, however, the Bush administration has been forced to acquiesce on its nuclear policies far more than Tehran. Whereas four years ago the US position was that Iran dismantle its nuclear program in its entirety, Washington has gradually and grudgingly been forced to accept Tehran's nuclear assertiveness and its redrawing of red lines. As President Bush stated last year, "Some of us are

wondering why they need civilian nuclear power, they're awash with hydrocarbons. Nevertheless, it's a right of a government to want to have a civilian nuclear program." Iran's conversion of uranium gas, once strictly forbidden, has now become a fait accompli. Tehran is now attempting to create similar "facts on the ground" when it comes to enrichment.

The debate in Washington: hardliners and realists

Irrespective of their policy positions, officials in Washington are generally unclear whether Iran's nuclear strategy is tactical or unwavering. In other words, is Tehran simply projecting an uncompromising nuclear position in order to get the best possible deal from the United States? Or is it moving full speed ahead toward nuclear weapons capability regardless of potential incentives and disincentives on offer?

Up until recently, US policy toward Iran during the Bush administration had been primarily developed by a combination of hardliners and neo-conservatives who had opposed entering the EU-led nuclear negotiations for two main reasons. The first, which has been longstanding U.S. policy even during the Clinton administration, is the notion that talking to Iran would "confer legitimacy" on an illegitimate regime, one which has taken Americans hostage, is a "central banker" for terror, and calls for the destruction of Israel. Rather than engage Iran, this group believed the US should support the Iranian people in their quest for a democratic, US-friendly government. While hopes for an abrupt change of regime in Tehran were in many cases dashed after the victory of hard-line Tehran mayor Mahmoud Ahmadi-Nejad in Iran's June 2005 presidential elections, many US hardliners and neo-conservatives believed that Ahmadi-Nejad's victory would actually hasten the regime's demise.

The second reason Washington hardliners opposed dialogue with Iran was the belief that if the U.S. enters negotiations with Iran, the Europeans will quickly back away from the table, disown the problem, and subsequently proceed to criticize U.S. policy and negotiation tactics. "If we jump in then everyone else jumps out" is how one senior neo-conservative official put it⁶. The continued mistrust and skepticism of EU intentions shows that the transatlantic rift which was created as a result of Iraq policy has not, contrary to

⁶ Interview with the author, Washington DC, May 2006.

appearances, been fully mended as a result of a common Iran policy.

As opposed to Europeans who argued that diplomacy should be fully exhausted before embarking on an escalatory approach, US hardliners preferred to exhaust the stick before trying the carrot. Many believed talking to Iran or offering incentives "for things they should be doing away" would "display weakness", "reward bad behavior", and constitute "premature capitulation". In the words of one US official in the office of the U.S.'s UN representative John Bolton: "Why should we start talking to Iran or offering them incentives when we haven't even begun to show them how costly there nuclear intransigence can be?"⁷

The decision by the United States in June 2006 to enter the nuclear negotiations, however, is evidence of the fact that during Bush's second term, Iran policy is being decided increasingly in Condoleezza Rice's State Department, as opposed to Bush's first term, when Colin Powell's State Department proved ineffectual against the hard-line approach of Vice President Cheney and Secretary Rumsfeld's offices. While this can partly be attributed to the fact that Ms. Rice has a much closer personal rapport with President Bush than did Mr. Powell, it is also indicative that the stocks of Mr. Cheney and Mr. Rumsfeld have fallen considerably in Washington as a result of failed policies in Iraq.

To be sure, the State Department's decision to embark on a more realist approach toward Iran was not because they are eager to restore relations with Tehran, or consider the prospect of nuclear-armed Iran any less concerning than those in the Pentagon or Vice President's office. Rather, the decision was based on a recognition that a) The Iranian regime is not on the verge of collapse, and in the race between the nuclear clock and the regime change clock the former would almost certainly prevail, and b) if the US truly aims to bring the Europeans on board to adopt tougher censures toward Iran, and insure Russian and Chinese acquiescence for an escalatory approach, Washington first needs to show that it was willing to give the diplomatic option a fair chance.

Given the fact that the US call for dialogue was conditional—based on the pre-requisite that Iran suspend uranium enrichment

⁷ Interview with the author, New York, May 2006

activities—skeptical analysts and Iranian officials questioned whether the ostensibly altered US approach was truly a new approach, or simply a different tactic. As one Tehran-based analyst asked cynically: “Is this support for direct talks and diplomacy sincere, or was this simply a tactic employed because they knew Iran would reject it?”

Few Alternatives to Diplomacy

The decision to take the diplomatic route comes also from an appreciation that the military approach has little to recommend. Though the Bush administration has repeatedly declared that “all options are on the table”, the prospect of a military strike on Iran appears increasingly outside the realm of possibilities for a variety of reasons.

For starters, US intelligence analysts concede that information about the precise scope and whereabouts of Iran’s nuclear facilities are between “fair and poor”. Any type of military action would send oil prices skyrocketing, perhaps as high as 100 US-Dollar per barrel. Dropping bombs on Iran would make US efforts to simultaneously stabilize Iraq (and Afghanistan) infinitely more difficult. And popular Iranian feelings of goodwill toward the United States would surely dissipate. Just as importantly, opinion polls increasingly show that Americans are opposed to embarking on another military adventure, and US legislators who supported the Iraq war are urging a far more cautious approach when it comes to Iran.

Nonetheless, though military strikes may no longer be seriously considered as a policy option, the Bush administration is reluctant to rule it out publicly. One senior republican legislator quoted the famous gangster Al Capone to explain this logic, saying, “You can go a long way with a smile but you can go a lot further with a smile and a gun.”

As long as oil prices continue to remain high, and Iraq remains in chaos, the US will likely have no good alternatives but to stick to the path of diplomatic negotiations with Iran. Absent an egregious Iranian escalatory move, even if Tehran accepts the premise of negotiations but rejects Washington’s conditions for talks—suspension of enrichment activities—it appears unlikely that Russia and China will join the US in adopting a policy of sanctions and escalation. And absent Russian and Chinese support for such an approach, EU support for an escalatory policy will likely waver as well. More likely than the possibility of either the US or Iran backing down from their positions in the near term is the prospect

of a long and drawn-out negotiating process which may take many months or even years to resolve.

2.2. Götz Neuneck: Zum Stand des iranischen Nuklearprogramms und zur Kontrolle der Urananreicherung

Die augenblickliche Debatte um die nuklearen Ambitionen Irans kreist einerseits um die Frage, ob Iran ein militärisches Nuklearprogramm oder wesentliche Elemente eines solchen Programms besaß oder noch besitzt, mit dem die Herstellung eigener Nuklearwaffen intendiert war oder ist. Diese Schlüsselfrage soll durch die Untersuchungen und Inspektionen der IAEO geklärt werden. Andererseits ist es Gegenstand der internationalen Diplomatie zu klären, ob akzeptiert werden soll, dass der Iran im Rahmen der ihm nach Art. IV des Atomwaffensperrvertrages zustehenden Rechte zur zivilen Nutzung der Kernenergie einen eigenständigen „vollständigen Brennstoffkreislauf“ betreibt. Dieses Recht steht dem Iran prinzipiell zu. Solange Vermutungen über eine geplante militärische Nutzung nicht ausgeräumt sind, ist es aber schwer vorstellbar, dass die geplanten Anlagen als unproblematisch angesehen werden. Schlüsselemente sind hier die im Betrieb befindliche Pilotanlage zur Urananreicherung und der geplante Schwerwasserreaktor.

Schließlich ist die Frage von Interesse, ob eine Urananreicherung im Iran oder auch extraterritorial so betrieben oder kontrolliert werden kann, dass eine militärische Nutzung ausgeschlossen werden kann.

Überprüfung der Safeguards-Verpflichtungen durch die IAEO

Auf Grundlage umfassender Safeguards-Abkommen mit der IAEO (INFCIRC/214) ist der Iran verpflichtet, bestimmte Nuklearaktivitäten offen zu legen. Allgemein bekannt ist, dass die IAEO auf dieser Grundlage beziehungsweise aufgrund des Zusatzprotokolls (Additional Protocol)⁸, das der Iran zeitweilig

⁸ Das Ziel umfassender Sicherungsmaßnahmen (Comprehensive Safeguards) war sicherzustellen, dass kein spaltbares Material für militärische Zwecke abgezweigt wird. Das neu entworfene Zusatzprotokoll soll ermöglichen, Aussagen über die Nichtexistenz undecklarierter Nuklearaktivitäten (Anlagen, Spaltmaterial) zu machen.

eingehalten und kooperativ gehandhabt hat, überprüfen soll, ob Nuklearmaterial abgezweigt wurde oder ob es militärisch motivierte Aktivitäten in bestimmten Anlagen gab. Die Einhaltung des Zusatzprotokolls wurde allerdings im Februar 2006 durch den Iran ausgesetzt. Die IAEA hat in Dutzenden von Berichten immer wieder detailliert Auskunft über den Stand der Überprüfungen und ihre Interpretation gegeben.⁹ Zeitweilig hat die IAEA Iran „eine systematische Täuschungspolitik“ im Zeitraum bis zum Jahre 2003 vorgeworfen. Iran hat aber auch kooperiert, Regelverletzungen wie zum Beispiel die Nichtdeklarierung von Nuklearmaterial eingestanden und Aufklärung versprochen. Iran hat viele der angesprochenen Probleme aufklären können, dennoch bleiben einige wichtige Fragen offen, insbesondere in Bezug auf den Zeitraum von 1995 bis 1997. Strittige Punkte und *offene Fragen* sind:¹⁰

- Zusätzliche Informationen zu Einzelheiten des Brennstoffherstellungsprogramms, insbesondere die Urananreicherung und Experimente mit Plutonium und die ungeklärte Herkunft radioaktiver Spuren (HEU/LEU-Partikel und Plutonium);
- Herkunft und Dokumentation der P-1 Zentrifugentechnologie sowie die mögliche Lieferung von P-2-Komponenten und Spezialmagneten sowie Unterlagen für eine größere P2-Anreicherungsanlage (ca. 2000 Zentrifugen);
- Herkunft und Anwendung von Konversionsverfahren zur Herstellung von Metallkugeln aus Uranhexafluoridgas;
- Zweck und Umfang von Experimenten mit Plutoniumproben sowie Polonium und Beryllium;
- Umfang und Natur von Anreicherungs- und Konversionsexperimenten in Lavisan-Shian;
- Zweck und Umfang von Arbeiten an der Konversion von Urandioxid in UF₄, das auch als 'grünes Salz' bekannt ist (Green Salt Project);
- Tests mit Sprengstoffen und Zweck eines Designs für einen Raketenwiedereintrittskörper.

Wenngleich nicht alle Fragen, die noch zu beantworten sind, für sich genommen sehr schwerwiegend sind, bleibt die Frage

⁹ Siehe www.iaea.org/NewsCenter/Focus/laealran

¹⁰ Implementation of the NPT Safeguards Agreement in the Islamic Republic of Iran, Report by the Director General El Baradei for the Board of Governors, GOV/2006/15, 27 February 2006.

dennoch offen, ob die oben genannten Elemente Teile eines militärischen Nuklearprogramms sind oder waren. Die Beantwortung der offenen Fragen ist gerade auch im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der nuklearen Infrastruktur zu sehen. In seinem letzten Bericht vom 8. Juni 2006 beklagt die IAEA, dass Iran wichtige Informationen immer noch nicht zu Verfügung gestellt hat. In einigen Bereichen wurde jedoch weiter kooperiert, so waren Besuche beim Bau des Schwerwasserreaktors möglich. Das bei der Konversion erzeugte UF₆ wird von der IAEA überwacht und von den Anreicherungsprodukten konnten Proben genommen werden. Dennoch ist der Zugang zu Informationen, seit Iran die Urananreicherung begonnen hat, eingeschränkt worden. Die Urananreicherung in Natanz wird von der IAEA in Form von Einzelinspektionen überwacht, Iran hat sich bisher aber geweigert dauerhafte Überwachungsmaßnahmen mit der Agentur zu diskutieren.

Die Schlüsselfrage bleibt jedoch bisher unbeantwortet: Hat oder hatte Iran ein militärisch motiviertes Nuklearprogramm? Abschließend kann die IAEA diese Frage jedenfalls unter den heutigen Bedingungen, *nicht vollständig und zufriedenstellend* beantworten. Die fehlende Bereitschaft des Iran, die Fragen der IAEA vollständig zu beantworten, ist sicher nicht vertrauensbildend und nährt Befürchtungen, die Ambitionen des Regimes seien längerfristig auf eine militärische Nuklearkoption gerichtet. Möglicherweise hat Iran militärische Forschungen betrieben und möchte dies heute nicht eingestehen. Sollte Iran einmal Militärforschungen betrieben haben, wäre das als Bruch des Atomwaffensperrvertrages auszulegen. Umso wichtiger wäre es dann mit Hilfe der IAEA sicherzustellen, dass dieses Programm tatsächlich aufgegeben wurde.¹¹

Eine andere Möglichkeit für eine militärische Nuklearkoption besteht darin ist, dass es tatsächlich heute ein geheimes und bisher völlig

¹¹ Iran ist nicht das einzige Land, das parallele Forschungen betrieben hat, um sich die Möglichkeit und die Grundlagen für den Bau einer Nuklearwaffe zu verschaffen. Genannt seien heutige Nichtkernwaffenstaaten wie Südafrika, Schweden, Deutschland, die Schweiz oder Kanada. In Brasilien wird zur Zeit eine Urananreicherung für zivile Zwecke aufgebaut. Dieses Projekt ist ebenso umstritten.

verborgen gebliebenes Programm im Iran gibt. Dafür gibt es aber keine schlüssigen Beweise, das heißt eine „smoking gun“, die das Land der „militärischen Nuklearentwicklungen“ überführt hätte, gibt es bisher nicht. Nur durch verstärkte Inspektionen im Rahmen des Zusatzprotokolls wäre es möglich sicherzustellen, dass es keine Geheimaktivitäten gibt. Angesichts der Größe des Landes ist aber auch dies sehr schwierig. Dennoch wäre ein Land, in dem überhaupt keine Kontrollen stattfinden, die weitaus schlechtere Option. Den Berichten der IAEA zufolge gibt es keine Anzeichen dafür, dass der Iran bereits nuklearwaffenfähiges Material herstellt oder kurzfristig dazu in der Lage wäre. Das durch die IAEA kontrollierte iranische Atomprogramm steckt noch in den Anfängen. Und selbst wenn es ein geheimes militärisches Programm geben sollte, kann dieses in punkto Urananreicherung kaum viel weiter fortgeschritten sein als das zivile, da im Iran die dafür notwendigen technischen Fähigkeiten nicht vorhanden sind. Selbst amerikanische Geheimdienste gehen davon aus, dass acht bis zehn Jahre ins Land gehen können, bevor der Iran in der Lage wäre, eine Atombombe herzustellen. Diese Schätzung hängt aber von verschiedenen Faktoren, unter anderem auch dem Grad der Kontrolle durch die IAEA, der technologischen Unterstützung und dem Überwinden technischer Barrieren ab.

Künftige Schlüsselemente einer nuklearen Infrastruktur des Irans

Unabhängig vom Stand der Überprüfungen durch die IAEA gibt es zwei Schlüsselemente des im Aufbau befindlichen Nuklearkreislaufs, die dem Iran mittel- oder längerfristig die Möglichkeit geben, waffenfähiges Material herzustellen. Dies ist zum einen die Anfang des Jahres begonnene „umstrittene“ **Piloturanreicherung** in Natanz, die aus circa 164 Zentrifugen besteht und seit Februar mit UF₆-Gas betrieben wird und geringe Mengen von niedrig-angereichertem Uran (LEU)¹² produziert hat. Zum anderen ist dies ein im Bau befindlicher **Schwerwasserreaktor** in Arak. Bei Betrieb dieser Anlage, die im Jahr 2011 betriebsfähig sein soll, entsteht unter bestimmten Bedingungen waffenfähiges Plutonium, die erste Grundvoraussetzung für die Herstellung einer Atombombe.

¹² Niedrig angereichertes Uran (Low Enriched Uranium LEU) soll für die Brennelementherstellung für den Leistungsreaktor Bushir verwendet werden.

Durch starke Kontrollen der IAEA wäre eine Überwachung solcher Schlüsselemente zwar möglich. Bei einem Austritt des Iran aus dem Atomwaffensperrvertrag könnten diese Anlagen aber auch innerhalb von Wochen oder Monaten für die Produktion von militärischem Kernwaffenbrennstoff „umgestellt“ werden. Diese Anlagen ermöglichen prinzipiell also die „Option für Kernwaffenmaterial“ und sie bilden die entscheidenden Schlüsselemente einer potenziellen Kernwaffenfähigkeit. Iran wird allerdings Zeit brauchen, um diese Anlagen betriebsbereit und funktionsfähig zu machen. Sollte die Produktion in der Urananreicherung in Natanz jedoch von der IAEA überwacht werden und das LEU für den Reaktor in Bushir verwendet werden, wäre eine Abzweigung für militärische Zwecke nicht einfach.

Technische „Zwischenlösungen“: Urananreicherung unter internationaler Kontrolle

Nach Artikel 4 des Atomwaffensperrvertrages hat der Iran das Recht zur zivilen Nutzung der Kernenergie. Aufgrund seiner Ölvorkommen benötigt er diese teure und gefährliche Technologie nicht.¹³ Die Urananreicherung ist eine schwierige Technologie, für die spezielle Materialien, viel Know-how aus dem Bereich des Maschinenbaus und der Verfahrenstechnik sowie praktische Erfahrungen vonnöten sind. Es wird sicher eine gewisse Zeit dauern, um die Anlage betriebsbereit laufen zu lassen. Zudem sind die P-1 Zentrifugen, verglichen mit fortschrittlicheren Modellen, relativ unmodern. Im globalen Kontext muss darauf verwiesen werden, dass es weitere Nichtkernwaffenstaaten gibt, die für die zivile Brennstoffproduktion Anreicherungsanlagen betreiben, so zum Beispiel Deutschland, Japan und Brasilien. Die IAEA kontrolliert diese Anlagen, um sicherzustellen, dass kein hochangereichertes Uran hergestellt wird oder abgezweigt werden kann. Im Prinzip wäre die Urananreicherung also kontrollierbar. Voraussetzung ist

¹³ Allerdings diskutieren auch andere Staaten wie zum Beispiel Großbritannien, die Niederlande oder Finnland den Ausbau ihrer Kernenergieprogramme, obwohl auch dort der ökonomische Nutzen zweifelhaft ist. Wichtige Problembereiche der Kernenergie sind neben der Proliferationsproblematik die Unfallgefahr, die Wettbewerbsfähigkeit, die Entsorgung und die gesellschaftliche Akzeptanz.

natürlich ein politisches Vertrauen, dass der jeweilige Staat die entsprechenden Kapazitäten nicht für militärische Zwecke benutzt oder militärische Parallelentwicklungen betreibt.

Wenn man davon ausgeht, dass der Iran die Urananreicherung in keinem Fall aufgeben (Zero-Enrichment Option) will und die internationale Gemeinschaft dem Iran nicht die eigenständige und unkontrollierte Brennstoffproduktion erlauben möchte, sind im Prinzip drei technische Zwischenlösungen denkbar. Zum einen könnte eine **Multilateralisierung der Brennstoffversorgung** gewährleisten, dass Staaten mit ziviler Kernindustrie einen zuverlässigen, gesicherten und langfristigen Zugang zur Brennstoffversorgung erhalten. Im Jahr 2004 hatte der IAEA-Generaldirektor El Baradei eine Beratergruppe Multilateral Nuclear Approaches Group (MNA) initiiert, die entsprechende Möglichkeiten genauer untersuchen sollte. Der Abschlussbericht schlägt mehrere Lösungen vor, so vor allem langfristige Lieferverträge, eine IAEA-Teilnahme an der Brennstoffversorgung, eine Multilateralisierung bestehender Anlagen und den Aufbau eines neuen Brennstoffkreissystems mit stärkerer regionaler Zusammenarbeit. Als Modelle könnten Serviceoptionen durch bestehende Produktionsanlagen dienen oder neue multilaterale Einrichtungen gegründet werden. Eine Umsetzung dieser Empfehlungen wird aber nur mittelfristig, wenn überhaupt, erwartet. Ein unmittelbarer Lösungsbeitrag im Falle des Iran ist nicht zu erwarten, es sei denn, es gelingt die Gründung eines Firmenkonsortiums, das der Iran akzeptiert. Pierre Goldschmidt von der IAEA hat im Rahmen von „*multinationalen Brennstoffgarantien*“ zudem vorgeschlagen, dass die IAEA die Aushandlung von Lieferverträgen und die Substitution von ausgefallenen Lieferungen übernimmt.

Eine weitere Möglichkeit bildet die sogenannte „**russische Option**“. Diese sieht vor, dass der Iran seine zivilen Nuklearanlagen weiter betreiben kann, die Herstellung und damit die Kontrolle über den Kernbrennstoff aber vollständig Russland überlassen bleibt. Die Urananreicherung würde im Rahmen eines russisch-iranischen Konsortiums außerhalb des Iran auf russischem Boden vorgenommen werden. Die Uran-Konversion könnte weiter im Iran durchgeführt werden, was allerdings ökonomisch und sicherheitstechnisch problematisch ist, denn das konvertierte Gas muss über eine große Entfernung nach Russland transportiert werden. In Russland gibt es vier Anreicherungsanlagen außerhalb

der geschlossenen Nuklearstädte, die teilweise auch die Konversion vornehmen können.¹⁴ Der Iran schließt diese Option nicht aus, nimmt aber weiter für sich in Anspruch, die Urananreicherung „zu Forschungszwecken“ im Iran betreiben und damit prinzipiell diese Technologie weiterentwickeln zu wollen. Wenn Iran alle technischen Hürden überwindet, die beim Zentrifugenbetrieb auftreten, können die iranischen Ingenieure die Zentrifugen relativ leicht nachbauen und in neuen „Kaskaden“ zusammenschalten. Dazu ist allerdings zum Beispiel eine Zentrifugenfabrikation nötig. Dies will man dem Iran aber derzeit nicht gestatten. Eine alleinige „russische Option“ jedenfalls, wonach Uran ausschließlich in Russland angereichert wird, wird bisher vom Iran abgelehnt.

Eine weitere Lösung bestünde in der Errichtung einer kleineren iranischen Urananreicherungsanlage für „industrielle Zwecke“, wie es der Iran bereits im April 2005 im Rahmen der EU3-Verhandlungen vorgeschlagen hatte.¹⁵ Der Iran sprach von 3000 Zentrifugen. Dies entspricht einem Block im Konzept der großen Anreicherungsanlage in Natanz, in der Platz für circa 50.000 Zentrifugen vorgesehen ist. Könnte der Iran diesen Block und die Technologie beherrschen, wäre der schnelle Aufbau einer großen Anlage oder einer „geheimen“ Zweitanlage allerdings im Prinzip möglich. Fachleute gehen davon aus, dass mit circa 1500 optimierten Zentrifugen und umfassenden Änderungen in der Anlage circa 15 bis 20 Kilogramm waffenfähiges Uran pro Jahr hergestellt werden kann. Dies genügt für eine Nuklearwaffe, falls das angereicherte Uran nicht auch für den Reaktor in Bushir verwendet wird. Sollte die Materialbilanz der Anlage in Natanz durch die IAEO dauerhaft gewährleistet sein, ließe sich durchaus eine Anlage für rein zivile Zwecke betreiben.

Die International Crisis Group (ICG) schlug im Februar 2006 eine begrenzte, aber stufenweise ausbaubare Anreicherung im Iran vor

¹⁴ Zum russischen Anreicherungskomplex siehe: Bukharin, Oleg. 2004. *Russia's Gaseous Centrifuge Technology and Uranium Enrichment Complex. Program on Science and Global Security.* Woodrow Wilson School of Public and International Affairs, Princeton University, Januar 2004.

¹⁵ Islamic Republic of Iran: General Framework for objective Guarantees, Firm Guarantees and Firm Commitments. Spring 2005. Abgedruckt in www.bits.de. "Irans Atomprogramm."

(delayed limited enrichment).¹⁶ Danach soll die IAEA innerhalb von 3 Jahren ihr Mandat erfüllen und im Rahmen der geltenden Safeguards sicherstellen, dass der Iran ausschließlich zivile Nuklearaktivitäten betreibt. Im nächsten Schritt wird unter umfassender Kontrolle der IAEA der Betrieb von höchstens einigen Hundert Zentrifugen zur Produktion von LEU erlaubt werden. Nach weiteren drei bis vier Jahren soll die industrielle Herstellung ermöglicht werden. Der Iran verzichtet zudem auf den Schwerwasserreaktor und die Wiederaufarbeitung. Als Gegenleistung schlug die ICG eine Nichtangriffsverpflichtung der USA, eine Aufgabe der US-Sanktionen, Technologiezugang und die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen vor. Der Physiker David Albright verweist darauf, dass eine „verzögerte Anreicherung“ keinen großen Zeitgewinn darstelle, da der Iran auch jetzt fünf bis sieben Jahre benötige, um die industrielle Anreicherungs-kapazität zu erreichen.

Ein Wissenschaftler des MIT, Geoffrey Forden, und der ehemalige britische Abrüstungsbotschafter Sir John Thomson schlagen die Errichtung eines **multinationalen „Joint Ventures“ im Iran** vor.¹⁷ Das iranische Programm soll entweder in ein vom Iran und westlichen Regierungen zu gründendes Konsortium überführt werden oder es soll gleich westliche Zentrifugentechnologie mittels Leasing zum Beispiel von URENCO genutzt werden.¹⁸ Die Anlage wäre im Besitz des Konsortiums. Nach Aussagen der Fachleute sollen die Natur des multinationalen Konsortiums sowie technische Vorrichtungen wie Black-Box-Zentrifugen oder inhärente Selbstzerstörungseinrichtungen einen Fremdbetrieb für militärische Zwecke unmöglich machen. Westliche Techniker würden die Einrichtung betreuen, die IAEA würde den Materialkreislauf kontrollieren. Die Gaszentrifugen würden komplett geliefert und wenn nötig ausgetauscht werden. Für eine solche Anlage gibt es

¹⁶ "Iran: Is There a Way Out of the Nuclear Impasse?" In *Middle East Report*, N°51, 23 February 2006. Accessible via www.crisisgroup.org

¹⁷ Forden, Geoffrey and John Thomson. 2006. "A Shared Solution to the Iran Nuclear Stand-off". In *Financial Times*, 20. Februar 2006; sowie von denselben Autoren: "Multinational Facilities may solve Iranian Nuclear Stalemate" In *Jane's Intelligence Review*, Published Online, 24. February 2006.

¹⁸ Forden, Geoffrey and John Thomson. 2006. "Iran as a Pioneer Case for Multilateral Nuclear Arrangements". Science, Technology and Global Security Working Group, MIT, Cambridge/Mass, 16. Juni 2006. Auch könnten die P-1-Zentrifugen verwendet werden, die jedoch phasenweise durch URENCO-Zentrifugen ersetzt würden. Nach sieben Jahren könnten ca. 50.000 Zentrifugen in Betrieb sein.

bereits ein Vorbild: URENCO hat mit der Louisiana Energy Services (LES) eine Anreicherungsanlage in New Mexiko. Zwischen Iran und den EU-3 müsste ein Vertrag abgeschlossen werden, der die Modalitäten genauer regelt.

Schlussbemerkung

Diese Vorschläge und Überlegungen zeigen, dass es durchaus technische Lösungen gibt, die die Wünsche der Brennstoffautonomie des Iran befriedigen, andererseits aber sicherstellen können, dass das erzeugte Material nicht für Bombenzwecke verwendet wird. Voraussetzung solch einer Lösung ist jedoch die Kooperationsbereitschaft des Iran und der internationalen Gemeinschaft. Es wäre die Aufgabe von Verhandlungen, solch einen Kompromiss zu erarbeiten und zu implementieren.¹⁹ Allerdings ist es jenseits technischer Lösungen auch wichtig, in Verhandlungen das sicherheitspolitische Umfeld des Iran zu thematisieren und politische Garantien für den Iran, die Region und die internationale Gemeinschaft zu erarbeiten. Für diesen Prozess benötigt man Geduld, den ehrlichen Willen, den Iran nicht zu dämonisieren, und die Bereitschaft des Iran, durch Ehrlichkeit und Offenheit neues Vertrauen aufzubauen.²⁰

2.3. Bernd W. Kubbig: Thesen zur Iran-Politik der USA: Taktische Annäherung oder strategische Wende?

Erste These: Ausgangs- und Angelpunkt der Iran-Politik der Bush-Administration ist und bleibt die „Grand Strategy“ der USA. Erneut bekräftigt wurde sie jüngst in Grundsatz-Dokumenten wie der

¹⁹ Ein Verzicht auf die Kernenergie und die Nutzung regenerativer Energien wäre für den Iran zwar eine sinnvolle Option, allerdings sind gerade alle P5 Staaten vehemente Befürworter von Kernenergie. Deutschland könnte als Ausstiegsland seine Erfahrungen auf diesem Gebiet einbringen, Proliferationsresistenz propagieren und dem Iran regenerative Energien anbieten.

²⁰ Siehe dazu: Brzoska, Michael, Götz Neuneck und Oliver Meier. 2006. „Nur Diplomatie kann den Nuklearkonflikt mit dem Iran lösen: Neue Vorschläge und das amerikanische Gesprächsangebot“. Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, In *Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik*, Nr. 37/2006, überarbeitete Fassung, Juni 2006.

„National Security Strategy“ (März 2006), dem „Quadrennial Defense Review Report“ (Februar 2006) und der „National Military Strategy to Combat Weapons of Mass Destruction“ (Februar 2006). Diese global angelegte „Grand Strategy“ ist darauf ausgerichtet, die Monopolposition der „sole super power“ USA mit allen zur Verfügung stehenden Instrumenten zu erhalten. Das gilt besonders gegenüber aufstrebenden Mächten. Diese Globalstrategie lässt sich im Hinblick auf den Iran als einer aufstrebenden Regionalmacht, die nach Überzeugung der US-Administration nach Massenvernichtungsmitteln strebt und „dem“ Westen feindlich gesonnen ist, so auf einen Nenner bringen: Ziel amerikanischer Iran-Politik muss es sein und bleiben, einen nuklearen Iran mit allen Mitteln – von der Diplomatie über Sanktionen bis hin zu militärischen Maßnahmen/Krieg – zu verhindern. Eine solche Strategie ist nicht in Stein gemeißelt, aber sie gibt den Orientierungsrahmen ab. „Grand Strategies“ lassen sich flexibel gestalten, aber nicht über Nacht um 180 Grad umstellen.

Zweite These: Die Iran-Politik der Bush-Administration muss im Kontext der inneramerikanischen Kräfte- und Diskurskonstellation gesehen werden. Diese Kräfte- und Diskurskonstellation, durch Dynamik und Kräfteverlagerungen gekennzeichnet, lässt der Exekutive gewisse Spielräume, die die Mittelebene, nicht jedoch das konsensuale Ziel – einen nuklearen Iran zu verhindern – betreffen:

- Die amerikanische *Öffentlichkeit* sieht einer Umfrage des Pew Research Center von Anfang Februar 2006 zufolge mehrheitlich einen nuklearen Iran einerseits als Bedrohung für Israel, die USA und Europa an (72 Prozent bzw. 66 Prozent der Befragten halten es für wahrscheinlich, dass eine Atommacht Iran diese Staaten angreifen würde, und sogar 82% meinen, dass der Iran Atomwaffen an Terroristen weitergeben würde).²¹ Andererseits ist die US-Bevölkerung sich weniger im Klaren darüber, wie die USA mit dem Atomkonflikt umgehen sollen; aufschlussreich ist, dass die US-Bevölkerung den Vereinten Nationen oder der Europäischen Union, nicht jedoch der eigenen Regierung die führende Rolle bei der Lösung des Konflikts zuspricht. Diese „einerseits-andererseits“ Positionierung der amerikanischen Öffentlichkeit eröffnet der Administration

²¹ Pew Research Center for the People & the Press, Survey Reports, Summary of Findings: Iran a Growing Danger, Bush Gaining on Spy Issue, accessible via www.people-press.org.

(siehe Modellfall Irak) beträchtliche Möglichkeiten, um für die jeweils erwünschte „offizielle“ US-Politik zu mobilisieren. Zudem ist die Öffentlichkeit in ganz anderer Hinsicht zu einem wichtigen Faktor für Bush geworden: Der Präsident befindet sich im Umfragetief, aus dem er sich aus heutiger Sicht eher durch eine multilateral angelegte Iran-Strategie als durch einen unilateralen Militärschlag „befreien“ kann (siehe auch *Vierte These*).

- Das *neo-konservative Segment* hat derzeit an politischer „Schlagkraft“ und an seiner Diskurshoheit verloren. Das inhaltlich-strategische Hauptproblem der Neo-Konservativen ist, dass sie kein einheitliches, überzeugendes und offenbar politisch mehrheitsfähiges Kosten-Nutzen-Kalkül für einen möglichst bald zu führenden Militärschlag zur Zerstörung der iranischen Nuklearanlagen und zum gewaltsamen Sturz des Mullah-Regimes vorgelegt haben. Hinzu kommt, dass das neo-konservative Segment in puncto Iran zersplittert ist. Wichtige Leitfiguren, einst starke Verfechter des Irakkrieges wie Francis Fukuyama, haben diesem „Lager“ öffentlichkeitswirksam den Rücken gekehrt. Andere wie Robert Kagan zweifeln allein deshalb am „Wert“ von Militärschlägen, weil sich die Führung in Teheran nach US-Militärschlägen leicht zum Sieger erklären könnte – das Ausmaß der Zerstörung lässt sich nämlich herunterspielen und verheimlichen; und schließlich gibt es, etwa bei Vertretern der Heritage Foundation, grundsätzliche Vorbehalte gegenüber der Effizienz von Demokratisierungs- und „regime change“-Strategien zur Lösung des Atomkonflikts. Nach wie vor finden sich die glühenden Befürworter eines gewaltsamen „regime change“ im American Enterprise Institute sowie im Umfeld des führenden neo-konservativen Publikationsorgans „the weekly Standard“ und der Zeitschrift „Commentary“, die besonders die Interessen Israels im Blick hat.
- Demgegenüber haben sich führende Vertreter aus dem politischen Segment der *konservativen Realisten* wie Henry Kissinger und Zbigniew Brzezinski in der Öffentlichkeit mehr und mehr Gehör verschafft. Auch sie lehnen einen nuklearen Iran ab. Ihre zentrale Forderung lautet, die Administration solle mit dem Regime in Teheran direkt verhandeln. In dieser Hinsicht ziehen die *konservativen Realisten* mit den *gemäßigt Liberalen*

wie Joseph Nye an einem Strang. Die Forderung nach Direktdiplomatie dringt zum Kern des Atomkonflikts vor: Ist die demokratische Weltmacht im Sinne einer neu definierten friedlichen Koexistenz bereit, bei einem Verzicht Irans auf die Urananreicherung das physische Überleben der theokratischen Regionalmacht glaubhaft zu garantieren und es damit indirekt zu legitimieren?

- Beide Kammern des US-Kongresses – Senat und Repräsentantenhaus – sind überwiegend Iran-kritisch bis Iran-feindlich eingestellt. Hierfür gibt es vor allem die folgenden vier Indikatoren. *Erstens* die nur vom Haus am 6. Mai 2004 mit 376:3 verabschiedete Resolution, die Administration möge den Iran mit allen Mitteln (militärische also eingeschlossen) daran hindern, Nuklearmacht zu werden. *Zweitens* ein überwiegendes Plädoyer für die Fortsetzung der unilateralen Sanktionspolitik gegenüber dem Iran. Es findet in der überwältigenden Unterstützung der zentralen Gesetzgebung „Iran Freedom Support Act“ seinen Ausdruck. *Drittens* eine überaus kritische Haltung gegenüber den europäischen Verbündeten, die aus reiner Geschäftemacherei die Sicherheit und die moralischen Prinzipien des Westens leichtfertig aufs Spiel setzten. Diese abweisende Haltung drückt sich in dem zentralen Anliegen des „Iran Freedom Support Act“ aus, der alle *ausländischen* Firmen bestraft sehen will, die vor allem in der iranischen Ölindustrie mehr als 20 Millionen US-Dollar investieren. *Viertens* ist es ferner ein Ziel dieser Gesetzgebung, den „Wandel („transition“) zur Demokratie im Iran“ zu unterstützen, allerdings nicht mit Gewalt. Trotz dieser überwiegend Iran-feindlichen Tendenz gibt es in beiden Häusern exponierte Befürworter eines direkten Dialogs zwischen Washington und Teheran.

Dritte These: Die Iran-Politik der Bush-Administration muss derzeit vor allem im Kontext außeramerikanischer Faktoren gesehen werden, die eine Gefahr für das (in These 1) genannte Hauptziel der amerikanischen „Grand Strategy“ darstellen. Zu nennen sind hier:

- *Die globale Kräftekonstellation.* Für die beiden aufstrebenden Mächte Russland und China ist der iranische Atomkonflikt neben wirtschafts- und energiepolitischen Interessen der Schauplatz regional- und weltpolitischer Ambitionen, die auf eine Eindämmung amerikanischer Macht ausgerichtet sind („counter-balancing“). Diese Interessen und Ziele erklären, warum Moskau und China die im Rahmen des Sicherheitsrates von den USA und den E3/EU-Staaten Großbritannien, Frankreich und Deutschland befürwortete Sanktionspolitik gegenüber dem Iran bisher blockiert haben beziehungsweise warum es zum Anreizpaket der sechs Staaten – USA, Russland, China, Großbritannien, Frankreich und Deutschland – gegenüber Teheran am 6. Juni 2006 gekommen ist.
- *Die Wirkung der rhetorischen Kriegsführung und der Kompromisslosigkeit des Mullah-Regimes in seinen zentralen Forderungen.* Der Hardliner Ahmadinedschad und andere Teheraner Spitzenpolitiker machen Washington und der Welt klar: Der Iran wird wirtschaftliche Sanktionen nicht tatenlos hinnehmen und eine Zerstörung seiner Nuklearanlagen militärisch vergelten, indem er US-Truppen vernichtet, seine Shahab-3-Raketen auf Israel abfeuert oder durch terroristische Selbstmordattentäter das Chaos vor allem im Irak vergrößert. Teheran zeigt damit nicht nur Kampfbereitschaft nach außen, sondern auch Mobilisierungsfähigkeit nach innen. Der Teheraner Führung ist es gelungen, die Forderung von außen, die Urananreicherung aufzugeben, für sich zu nutzen. Das Regime ist gestärkt, das Nuklearprogramm hat Führung und Bevölkerung in diesem Punkt zusammengeschweißt. Deshalb hat sich der Verzicht auf die Urananreicherung als die Maßnahme, um die Mullahs am Bau der Bombe zu hindern, als nicht verhandelbar erwiesen. Darauf aber waren alle bisherigen – gescheiterten – Ansätze der Europäer und Russlands ausgerichtet. Schließlich zeigt die rhetorische Kriegsführung Teherans unmissverständlich, wie groß und unkalkulierbar das Ausmaß der Zerstörung durch US-Militärschläge und die iranische Vergeltung sein dürfte. (Der

Vollständigkeit halber muss erwähnt werden, dass auch die Bush-Administration rhetorisch eskaliert hat: Sie hat Berichte über seit einigen Jahren in Arbeit befindliche Kriegspläne gegen den Iran bis hin zum Einsatz bunkerbrechender Nuklearwaffen in ihren Kernpunkten nicht dementiert.)

- *Teherans Muskelspiel in puncto Ölpreiserhöhung und offensiver Kooperationspolitik.* Das autokratisch-theokratische Mullah-Regime hat seine Politik demonstrierter Stärke keinesfalls auf Rhetorik beschränkt. Vielmehr hat Teheran mit seinen Drohungen zu einem drastischen Anstieg des Ölpreises beigetragen und der Welt damit das Fürchten gelehrt. Zudem, und perspektivisch wohl noch wichtiger, weiß das Regime in Teheran seinen Gas- und Ölreichtum durch Verträge etwa mit China, Indien und Japan in eine Politik gegenseitiger Abhängigkeiten zur Verbesserung seiner Position umzusetzen. Die viel beschworene Isolierung des Iran gilt vor allem auf energiepolitischem Gebiet gerade nicht. Dies dürfte selbst eine multilaterale Sanktionspolitik für den Iran lindern.
- *Die Situation im Irak am Rande eines Bürgerkrieges.* Das hat die Optionen der Weltmacht USA beträchtlich eingeschränkt. Anders formuliert: Bislang ist der Iran der Gewinner des Irak-Krieges. Die von den Neo-Konservativen befürwortete militärische Strategie des „Next Stop: Iran“ hat vor diesem Hintergrund derzeit wenig Aussicht auf Erfolg.

Vierte These: Taktische Annäherung oder strategische Wende? Die an Bedingungen geknüpfte Teilnahme der USA an multilateral eingebetteten Verhandlungen mit Teheran sind aus heutiger Sicht allenfalls als taktisch motiviertes, indirektes „*approchement*“ an den Iran zu verstehen.

Nachdem die Bush-Administration die vage und halbherzige Anreiz-Politik der Europäer untergraben und damit Teheran eine Ablehnung der E3/EU-Vorschläge im August 2005 („*Framework for a Long-Term Agreement*“) erleichtert hat, ist Washington selbst in Führung gegangen, um den Iran durch eine multilaterale Allianz völlig zu isolieren. Bei einer Kongress-Anhörung am 8. März 2006 fragte ein Fachmann, warum die Regierungsvertreter sich „so fürchten“ zu sagen, „dass wir einen Regimewechsel im Iran wollen“. Die Antwort lautet aus meiner Sicht, dass Washington Reizwörter wie Regimewechsel vermeidet, um die Verbündeten nicht zu verprellen. Die US-Administration braucht sie für die Isolierungsstrategie erneut, auch als Legitimationsbeschaffer. Sie will nach den Erfahrungen des Irakkrieges möglichst nicht noch einmal allein dastehen.

Trotz der rhetorischen Rücksichtnahme kann es am Regimewechsel als Endziel der US-Politik keinen Zweifel geben. Nicholas Burns, Under Secretary im Außenministerium, geht von einer „Totalität der Bedrohung“ durch den Iran aus, zusammengesetzt aus Teherans „eindeutigen“ atomaren Ambitionen, Irans Unterstützung von Terrorismus und seinem Willen zur regionalen Vorherrschaft sowie der „Repression des iranischen Volkes“. Burns' „umfassende und aggressive“ Gegenstrategie läuft folglich vor allem darauf hinaus, „dem Iran die Nuklearwaffe zu verweigern, seine Unterstützung für den Terrorismus zurückzudrängen („roll back“), und die Bevölkerung im Iran (...) zu beeinflussen“.²²

Das Ziel des „regime change“ ist auch im Kontext des neuen Anreizpakets der sechs Mächte vom 6. Juni 2006 nicht (explizit) zurückgenommen worden. Von US-Sicherheitsgarantien ist, wenn man den Medienberichten Glauben schenkt, nicht die Rede. Vielmehr wird versucht, den Verhandlungsbeginn mit der Datumsvorgabe praktisch ultimatim festzulegen. Auch die an den Verhandlungsbeginn geknüpfte Bedingung, Teheran möge auf seine Kernforderung der Urananreicherung verzichten, zeigt aus heutiger Sicht eher den *taktischen Charakter* in der US-Position auf. Dennoch verkenne ich nicht, dass selbst dieser an Bedingungen geknüpfte Schritt der Bush-Administration, mit Teheran in einem multilateralen Setting verhandeln zu wollen, ein Novum ist. Euphorie ist deshalb aber noch nicht angebracht. Für die Einschätzung, ob es sich hier um eine strategische – und damit eine grundsätzliche wie nachhaltige – Kehrtwende handelt, ist es gegenwärtig ohnehin noch zu früh.

Fünfte These: Washington dürfte selbst für sein an Bedingungen geknüpftes Entgegengekommen einen Preis von seinen Verbündeten, vor allem von Deutschland, verlangen nach dem Motto: „Mitgegangen - Mitgefangen - Mitgehangen“.

Die von Burns präsentierte amerikanische Iranpolitik ist nicht die Basis, auf der die fünf Mitglieder des UN-Sicherheitsrates plus Deutschland darum ringen, dem Iran durch den Verzicht auf die Urananreicherung die Atomwaffenoption zu verweigern. Sie ist

²² Statement von Nicholas Burns vor dem Auswärtigen Ausschuss des US Repräsentantenhauses am 8. März 2006 (nicht autorisierter transkribierter Text).

eine wesentlich erweiterte Geschäftsgrundlage, die einen „regime change“ auf Raten vorsieht. Mit der Strategie der anderen Mächte, die die Atomfrage von der Regimefrage abkoppeln, ist dieses US-Konzept nicht zu vereinbaren. Burns präsentiert hier das Skript für Teil II der gegebenenfalls erneut gewaltsamen Neuordnung der gesamten Konfliktregion. Wer daher eine UN-Resolution unterstützt, die Gewalt zur Lösung des Atomproblems gemäß Kapitel VII der UN-Charta nicht ausdrücklich ausschließt, begibt sich auf den Boden der amerikanischen „Grand Strategy“. Sie duldet eben keinen aufstrebenden nicht-demokratischen Iran mit seinem – auch von Moskau und Beijing – heiß begehrten Ressourcenreichtum in einer geostrategisch zentralen Region. Nach fehlgeschlagenen Sanktionen stünde für die Amerikaner militärische Gewalt an. Aber selbst Schritt für Schritt ausgeweitete Handelssanktionen und Deinvestmentstrategien dürften für die deutsche Bundesregierung zu einer außerordentlichen Belastungsprobe führen, und zwar nicht nur gegenüber Washington, sondern gegenüber den deutschen Firmen.

Denn zum einen hat die Bush-Administration mit ihrer bedingten Bereitschaft, an einem multilateralen Gesprächsarrangement teilzunehmen, nicht nur auf meinungsbildende konservative Realisten in den USA reagiert; vielmehr hat sie auch dem Drängen von Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier nachgegeben. Dies hat seinen Preis – „There is no free lunch“, wie man im „inner beltway“ des politischen Washington sagt. Zum anderen steht für deutsche Firmen besonders viel auf dem Spiel. Denn die deutschen Exporte in den Iran haben in den letzten Jahren eine überdurchschnittlich hohe jährliche Zuwachsrate zu verzeichnen. Mit einem Ausfuhrwert im Jahre 2005 von mehr als 4,4 Milliarden US-Dollar (+24 Prozent gegenüber dem Vorjahr) bedeutet dies für die deutschen Lieferungen den ersten Platz als Handelspartner des Iran. Dieser Trend hat sich in den ersten drei Monaten dieses Jahres umgekehrt, denn die deutschen Ausfuhren gingen um rund drei Prozent gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum zurück.

Sechste These: Das neue Anreizpaket der sechs Mächte vom 6. Juni scheint gegenüber dem Vorschlag der EU3/EU vom August 2005 konkrete und verbesserte „incentives“ zu enthalten. Aber man täusche sich nicht: Die Bush-Administration hat weder ihr Hauptziel (kein nuklearer Iran) noch ihre außenpolitischen Präferenzen bei der Wahl der Mittel aufgegeben (multilaterale Sanktionen und gegebenenfalls unilaterale Militärmaßnahmen, falls Teheran nicht einlenkt und auf die Urananreicherung mittel-

und langfristig verzichtet. Alle Optionen bleiben damit weiterhin auf dem Tisch).

Ein nur durch Medienberichte (vor allem „abc news exclusive“²³) bekannt gewordener und daher nur vorläufig und vorsichtig zu beurteilender Entwurf des Sechs-Mächte-Anreizpakets lässt unter anderem folgende *positiven Elemente* erkennen (dies um so mehr, wenn man dieses Paket mit dem „Framework for a long-term Agreement“ der EU3/EU vom August 2005 vergleicht):

- Ein besserer Ton („mutual respect“), Fehlen von Reizwörtern („objective guarantees“, die ein Synonym für die vollständige Einstellung – „cessation“ – des iranischen Anreicherungsprogramms waren).
- Stärkere und konkrete Anreize (zum Beispiel ganze Flugzeuge statt nur Ersatzteile), was eine Beendigung amerikanischer Sanktionen zumindest teilweise einschließen dürfte.
- Erlaubnis der Konversion (UF6) und damit eine gewisse Rücknahme der Bandbreite zu verbotenen Segmenten des Brennstoffkreislaufs (überraschenderweise wird in dem Entwurf der Schwerwasserreaktor in Arak nicht erwähnt).

Zu den gleichgebliebenen beziehungsweise verschärften restriktiven Elementen gehören:

- Verhandlungsbeginn setzt voraus, dass der Iran seine Urananreicherungsaktivitäten aussetzt.
- Aussetzung der Urananreicherungsaktivitäten während der gesamten Verhandlungszeit, deren Dauer Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, betragen kann.
- Gleichgebliebener Mechanismus, nach dem das von Seiten des Iran verspielte Vertrauen durch die mittel- und langfristige Aussetzung der Urananreicherung wiederherzustellen ist.
- Auch die Prämisse – der Iran hat eindeutige nukleare Ambitionen – ist gleichgeblieben. Dagegen haben sich die Kriterien für die Vertrauensbildung nicht nur verschärft, sondern sie sind zum Teil praktisch unmöglich zu erfüllen (zum Beispiel

²³ Der US-Nachrichtensender ABC veröffentlichte ein Vorbereitungspapier der EU3: „Possible elements of a revised proposal to Iran“, accessible via www.abcnews.go.com

die geforderte glaubwürdige und kohärente wirtschaftliche Begründung der iranischen Nuklearaktivitäten für ausschließlich zivile Ziele).

Siebte These: Diese – bei allem Vorbehalt und mit aller gebotenen Vorsicht – abzuwägenden Elemente werfen die Frage auf, wie interessant diese Sechs-Mächte-Offerte für die iranische Führung wirklich ist.

Denn zusätzlich zu den erwähnten Negativposten scheint das Anreizpaket keine Sicherheitsgarantien für das Mullah-Regime zu enthalten. Ahmadinedschad spottete einmal pointiert: „Nun, schaut, wenn wir beim Nuklearprogramm nachgeben, fordern sie die Menschenrechte ein. Wenn wir bei den Menschenrechten nachgeben, fordern sie die Rechte der Tiere ein.“ Entsprechend dieser Einschätzung kann das Regime in Teheran Zugeständnisse in der Atomfrage nur um den Preis seiner potentiellen Vernichtung durch das US-Gesamtkonzept machen – daher die Sturheit und Konfliktbereitschaft mit all den bedenklichen Folgen.

Nimmt man die Position des Pragmatikers und 2005 abgelösten Chefunterhändlers Hassan Rohani²⁴ zum Bezugspunkt, dann gibt es zwar für diese Gruppierung ein grundsätzliches Interesse, mit dem Rest der Welt zu kooperieren und Inseln gemeinsamen Interesses auszumachen. Allerdings bleibt die Urananreicherungsfrage hiervon unberührt. Gesichtswahrende „Konzessionen“ etwa sind auf dem Forschungs- und Entwicklungsstand aus meiner Sicht für das Mullah-Regime nur so lange denkbar und akzeptabel, solange Teheran nicht über diese Fähigkeit im industriellen Maßstab verfügt. Dies läuft auf ein international kontrolliertes Management der Nuklearisierung des Iran hinaus. Rohani hat am 26. Juli 2005 gegenüber der konservativen Teheraner Abendzeitung „Keyhan“ unmissverständlich geäußert, dass das Gremium des „Council of Heads“, das wichtige strategische Entscheidungen fasst, den vollständigen Brennstoffkreislauf zum Ziel iranischer Politik erklärt hat; dies sei die „rote Linie“, die die Teheraner Führung unter keinen Umständen aufgeben werde. Seitdem ist Teheran gut und konsequent aufgestellt – und wird aus meiner Sicht unbeirrt diesen Weg weiterhin verfolgen. Auch die deutsche Bundesregierung wird sich darauf einstellen müssen.

²⁴ Rohani, Hassan. „Iran's Nuclear Program: The Way Out“, In *Time*, 9 May 2006. Accessible via www.time.com.

Empfehlungen für die deutsche Außenpolitik:

- Die Bundesregierung sollte Washington europakonzertant auf nicht an Bedingungen geknüpfte Verhandlungen mit Teheran drängen.
- Verhandlungspakete sollten ohne Vorbedingungen neu geschnürt und Kompromisse ausgelotet werden. Teheran käme endlich aus der Rolle des Schurkenstaates heraus.
- Berlin sollte als US-Verbündeter nicht in die Automatismus-Falle hineintapsen (Diplomatie – Sanktionen/Deinvestment – Militäroptionen), sondern rechtzeitig Warnlichter aufstellen. Dies schließt gelegentliche Kontaktaufnahme zu Russland und China nicht aus.
- Die Regierung sollte sich ein einigermaßen verlässliches Bild über die Wirkung von Sanktionen machen.
- Die Bundesregierung sollte mit anderen europäischen Staaten als Brückenbauer zwischen dem Iran und den USA fungieren, damit beide ihre unheilvolle Geschichte gegenseitiger Demütigungen „entgiften“ (das Zauberwort heißt: gegenseitiger Respekt). Es würde beide Länder überfordern, die notwendige Direktdiplomatie bilateral anzugehen. Deshalb empfiehlt sich, wie im Fall von Nordkorea, ein multilateraler 8 plus 2-Gesprächsrahmen, an dem neben Iran und USA auch China, Russland, die E3/EU-Staaten Großbritannien, Frankreich, Deutschland sowie Indien, das konstruktive Südafrika und die Regionalmacht Ägypten teilnehmen. Der Bush-Administration würde so ihre größte Angst genommen, bei gescheiterten Gesprächen allein als Sündenbock dazustehen. Der dem Iran entgegengebrachte Respekt könnte im Sinne westlicher Politik die Bevölkerung stärker aus den Armen der Scharfmacher lösen.
- Alle Verbündeten sollten im Kongresswahljahr (4. November 2006) die zu Gesprächen mit Teheran bereiten US-Abgeordneten in ihrer Haltung bestärken, damit aus einem taktischen Schritt eine strategische Grundsatzentscheidung auf dem Weg zu normalisierten Beziehungen werden kann. Libyen sollte dabei nicht als Modell gelten, denn der Iran spielt in einer anderen „Liga“.

- Dennoch sollte sich Berlin nicht vom amerikanischen Politik-Kalender anleiten lassen. Vielmehr gilt es, den Iran mit einer Politik der Geduld und des langen Atems von seinen möglicherweise vorhandenen Ambitionen auf nukleare Waffen abzubringen. In der Zeit des Ost-West-Konflikts hat eine solche Politik mit dazu geführt, dass die *Weltmacht* UdSSR implodierte.
- Die Bundesregierung sollte auch deshalb besonnen – und nicht alarmistisch – an das Iranproblem herangehen, weil es ein beträchtliches Zeitfenster gibt: Nach Einschätzung des Geheimdienst-Koordinators in den USA, Negroponte, benötigt der Iran noch fünf bis zehn Jahre, bis er über nukleare Waffenfähigkeiten verfügt. Angesichts der demographischen Entwicklung in Iran dürfte auf Zeit spielen heißen, in die Hände der außerordentlich jungen und „dem“ Westen gegenüber aufgeschlossenen iranischen Bevölkerung zu spielen.
- Die Bundesregierung sollte jetzt bereits systematisch und gezielt Vorbereitungen für ihre doppelte Führungsrolle im Jahre 2007 (EU-Ratspräsidentschaft, G-8-Gipfel) treffen und breitangelegte wie langfristige Perspektiven aufzeigen: Hierzu gehört ein verstärkter Austausch mit der iranischen Bevölkerung auf NGO-Ebene genauso wie die Initiierung und Einberufung einer Konferenz zur Erörterung einer von Massenvernichtungswaffen freien Zone in jener Konfliktregion. Ihre Aufgabe wäre es, den sicherheitspolitischen Druck auf Teheran durch die Verbesserung regionaler Sicherheitsbedingungen zu vermindern – um dadurch das Interesse des Iran an der nuklearen Option zu verringern.

2.4. Oliver Meier: Die Auswirkungen der Iran-Krise auf den nuklearen Nichtverbreitungsvertrag

Die Auseinandersetzung um das iranische Atomprogramm ist die bisher schwerste Probe für den nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV). In dieser Krise bündeln sich exemplarisch wichtige Konfliktlinien zwischen den 189 Mitgliedern des NVV wie

- die Debatte zwischen Atomwaffenbesitzern und Nichtkernwaffenstaaten über das Ende doppelter Standards und um die nukleare Abrüstung;
- die Auseinandersetzung um den richtigen Umgang mit Regelbrechern („compliance“);
- Diskussionen um das Recht auf unbegrenzte Nutzung der Kernenergie für friedliche Zwecke und eine Verschärfung der

Kontrollrechte der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) und

- indirekt die Frage, wie mit den außerhalb des Vertrages stehenden Nuklearwaffenstaaten Israel, Indien und Pakistan umgegangen werden soll.

Sollte es nicht gelingen, zu einer einvernehmlichen und friedlichen Lösung im Nuklearstreit um den Iran zu kommen, drohen sich diese Konflikte zu verschärfen.²⁵ Eine weitere Entfremdung wichtiger Staaten vom Nichtverbreitungsregime kann zu einem Bedeutungsverlust und damit zu einer Schwächung des wichtigsten internationalen Instruments zur Nichtverbreitung von Atomwaffen insgesamt führen.

Andererseits kann von einer für alle Beteiligten befriedigenden Lösung des Konflikts ein Impuls zur Wiederbelebung des kriselnden NVV ausgehen. Eine solche Entwicklung wäre ein Beleg dafür, dass zwei der Hauptantagonisten innerhalb des Nichtverbreitungsregimes sich um einen völkerrechtskonformen Kompromiss bemühen statt wie bisher auf maximalistischen Forderungen zu beharren²⁶. Eine konsensuale Klärung der strittigen Fragen im Umgang mit dem Iran würde zudem erste Ansätze für eine universelle Lösung der größeren Konflikte bieten, die hinter den konkreten Streitpunkten liegen.

Zunächst werden einige der Gefahren dargestellt, die von der Krise um das iranische Atomprogramm für den NVV ausgehen. Anschließend wird zusammengefasst, welche positiven Wirkungen eine einvernehmliche Lösung auf den NVV haben könnte. Abschließend werden einige Perspektiven für den Vertrag insgesamt aufgezeigt.

²⁵ Siehe hierzu sowie zu den folgenden Punkten insbesondere auch: Brzoska, Michael, Götz Neuneck und Oliver Meier. 2006. "Nur Diplomatie kann den Nuklearkonflikt mit dem Iran lösen: Neue Vorschläge und das amerikanische Gesprächsangebot", Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, In *Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik*, Hamburg, Juni 2006.

²⁶ Zur Rolle der beiden Staaten auf der letzten Überprüfungs-konferenz des NVV, die im Mai 2005 stattfand, vergleiche: Meier, Oliver. 2005. "Nukleare Schurken", In *Blätter für deutsche und internationale Politik*, S. 783 -787.

Welche Gefahr stellt die Krise um das iranische Programm für den NVV dar?

Das nichtverbreitungspolitische „worst case“-Szenario wäre, dass der Iran den Weg Nordkoreas geht. Insbesondere Befürworter eines härteren Umgangs mit Teheran vermuten, dass dem Iran gegenwärtig nur daran gelegen ist, unter dem Deckmantel des zivilen Programms die zur Herstellung von Atomwaffen nötige Technologie zu erwerben. Sobald Teheran diesen „point of no return“ erreicht hat, fürchten sie, wirft es die Inspektoren der IAEA aus dem Land und erklärt seinen Austritt gemäß Artikel X des NVV.²⁷

Eine solche Entwicklung wäre ein Beleg für die These von Rüstungskontrollgegnern, dass der NVV keine hinreichenden Sicherungsmechanismen gegen einen militärischen Missbrauch der zivilen Kernenergie bietet. Damit würde die Leistungsfähigkeit des System internationaler Sicherungs- und Verifikationsmaßnahmen insgesamt in Frage gestellt, das schließlich darauf angelegt ist, einen solchen Missbrauch frühzeitig aufzudecken.

Sollte sich der Iran dazu bekennen, dass er die Atomwaffenfähigkeit anstrebt, hätte dies auch Folgen in der Region. Eine Reihe anderer Staaten würde ihre Mitgliedschaft im NVV neu überdenken. Sollten wichtige internationale Meinungsführer wie Ägypten ihre NVV-Verpflichtungen als Nichtkernwaffenstaaten in Frage stellen, droht ein Auseinanderfallen des Vertrages.

Gefahren für den NVV bestehen aber auch, ohne dass der Iran aus dem Vertrag ausbricht. Ein Beschluss des Sicherheitsrats, das iranische Recht auf friedliche Nutzung der Kernenergie einzuschränken, ohne dass klare Belege für ein iranisches Atomwaffenprogramm vorliegen, würde zu einer tiefen Spaltung der Staatengemeinschaft führen. Viele Länder des Südens, die Ausfuhr- und Technologiekontrollen der nuklearen Lieferländer ohnehin als diskriminierend ansehen, würden in einem solchen

²⁷ Unter anderem um ein solches Szenario zu erschweren, hat die EU vorgeschlagen, die Hürden für einen Austritt aus dem NVV zu erhöhen. Siehe: „Withdrawal from the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons: European Union common approach“ Working Paper submitted by Luxembourg on behalf of the European Union to the 2005 Review Conference of the Parties to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons. NPT/CONF.2005/WP.32, New York, 10 May 2005.

Schritt einen erneuten Beleg für die doppelten Standards des Westens sehen.

Ein solcher Beschluss wäre in der Tat ein direkter Eingriff des politisch nicht-repräsentativen Sicherheitsrats in die vertraglichen Rechte der Mitglieder eines multilateralen Regimes. Besondere Brisanz erhält dies im Kontext des NVV durch die Personalunion der fünf Vetomächte und der fünf anerkannten Nuklearwaffenstaaten im NVV.

Der im Februar 2006 veröffentlichte Bericht der International Crisis Group bemerkt zu Recht, dass bereits die Möglichkeit eines Eingriffs des Sicherheitsrats in die Debatte um die Auslegung der Rechte und Pflichten der Vertragsstaaten unter Artikel IV des NVV die Krise um das iranische Atomprogramm verschärft²⁸. Denn Teheran befürchtet, dass internationale Regeln über den Zugang zur Nukleartechnologie verschärft werden, bevor der iranische Brennstoffkreislauf geschlossen ist. Diese Angst könnte eine Erklärung dafür sein, dass der Iran so große Anstrengungen unternimmt, möglichst schnell über die Technologie zur Urananreicherung zu verfügen.

Das zwischen den Vereinigten Staaten und Indien angestrebte Abkommen über die Lieferung ziviler Technologie an Indien hat den Konflikt zwischen nuklearen Lieferländern und den Ländern des Südens über den Zugang zur friedlichen Kernenergie ohnehin bereits verschärft. Die Bush-Administration will einen internationalen Regelbrecher, der außerhalb des nuklearen Nichtverbreitungsregimes steht, aus geostrategischen Gründen mit dem Zugang zu ziviler Kerntechnologie belohnen.²⁹ Gleichzeitig soll der Zugang des NVV-Mitglieds Iran zu dieser Technologie eingeschränkt werden. Der Iran nutzt dies geschickt, um zu argumentieren, dass der Westen mit zweierlei Maß misst.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass eine Lösung des Atomkonflikts im Kontext multilateraler Mechanismen erfolgt. Das

²⁸ International Crisis Group. 2006. "Iran: Is there a Way out of the Nuclear Impasse?," In *Middle East Report*, No. 51, Brussels/Washington/Tehran, 23 February 2006.

²⁹ Siehe: Mian, Zia and M.V. Ramana. 2006. "Wrong Ends, Means, and Needs: Behind the U.S. Nuclear Deal With India". In *Arms Control Today*, Vol. 36, No. 1, January/February 2006, pp. 11–17.

P5+1-Angebot von Anfang Juni 2006³⁰ ist hier ein erster Schritt, weil es offenbar vorsieht, ein langfristiges Abkommen zur Beilegung des Konflikts bei der IAEO zu hinterlegen und durch den Sicherheitsrat zu indossieren. Darüber hinaus wäre es denkbar und sinnvoll ein langfristiges Abkommen durch einen Beschluss der Mehrheit der NVV-Mitglieder abzusegnen. Eine solche Debatte unter den NVV-Mitgliedern über den iranischen Nuklearkonflikt könnte im Rahmen eines Sondertreffens der Vertragsstaaten oder auf einem der regelmäßigen Treffen der NVV-Mitglieder stattfinden. Sie hätte den positiven Nebeneffekt, den NVV als zentralen Ort für die Diskussion um den Umgang mit Regelbrechern aufzuwerten.

Positive Auswirkungen einer friedlichen Lösung des Nuklearkonflikts auf den NVV

Von einer friedlichen und NVV-kompatiblen Lösung des Konflikts um das iranische Nuklearprogramm würden eine Reihe positiver Impulse für den Vertrag und das nukleare Nichtverbreitungsregime insgesamt ausgehen.

Eine solche Lösung wäre Anstoß für eine universelle, nicht-diskriminierende Lösung des Problems der Kontrolle von nuklearen Brennstoffkreisläufen. Zur Lösung dieser Frage sind einige wichtige Elemente im Angebotsentwurf enthalten. So soll der Iran als Partner an einem internationalen Brennstoffzentrum in Russland beteiligt werden. Zudem enthält das Angebot dem Vernehmen nach das Angebot der gesicherten Versorgung des Iran mit nuklearem Brennstoff. Sollte ein solches Modell durch die IAEO organisiert und multilateral abgesichert sein, dann wäre ein Schritt in Richtung auf eine echte internationale Kontrolle der Kernenergie getan. Ein solche innovative Lösung für den Iran könnte Prototyp für universelle, multilaterale Lösungen sein, die ebenfalls darauf setzen, dass Technologien, die besonders leicht militärisch missbrauchbar sind, sich nicht mehr in der Hand eines einzelnen Staates befinden.³¹

³⁰ Der genaue Text des Angebots war zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Beitrags öffentlich nicht verfügbar. Die Interpretation des Angebots beruht auf verschiedenen Presseberichten sowie eines von dem amerikanischen Nachrichtensender ABC veröffentlichten Vorbereitungspapiers der EU3: „Possible Elements of a revised Proposal to Iran“. Accessible via www.abcnews.go.com.

³¹ Siehe insbesondere den Bericht der von der IAEO einberufenen internationalen Expertengruppen „Multilateral Approaches to the Nuclear Fuel Cycle“. Vienna, International Atomic Energy Agency, February 2005.

Ein Abkommen könnte zudem einen ersten Schritt auf dem Weg zu einer ernsthaften Diskussion über eine atomwaffenfreie oder massenvernichtungswaffenfreie Zone im Mittleren Osten darstellen – eine zentrale Frage innerhalb des NVV. Die Resolution zum Mittleren Osten – und damit die Diskussion um den Atomwaffenstaat Israel – war eine Bedingung vieler Länder aus der Region für ihre Zustimmung zu einer unbegrenzten Verlängerung des NVV im Jahr 1995. Seitdem sind Diskussionen über das Ziel einer atomwaffenfreien Zone im Mittleren Osten ergebnislos geblieben und das Thema bleibt eine Hürde auf dem Weg zu einer Stärkung des Vertrages.

Der P5+1-Vorschlag enthält hier zwei sachdienliche Elemente. Zum einen soll in einem Forum der Golf-Anrainerstaaten (sowie anderer interessierter Staaten) über regionale Sicherheitskooperation gesprochen werden. Schließlich verpflichten sich die hinter dem Entwurf stehenden Staaten dazu, eine Zone frei von Massenvernichtungswaffen im Mittleren Osten politisch zu unterstützen. Auch wenn hier vieles vage bleibt, können solche Schritte angesichts der festgefahrenen und unproduktiven Diskussion zwischen den NVV-Mitgliedern über die Resolution zum Mittleren Osten nur förderlich sein.

Entscheidende Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der Frage von Sicherheitsgarantien zu. Zwar haben 1995 alle anerkannten Kernwaffenstaaten sogenannte Negative Sicherheitsgarantien abgegeben und sich politisch dazu verpflichtet, Nichtkernwaffenstaaten nicht mit Kernwaffen anzugreifen. Angesichts der Nuklearwaffenpolitik der USA und anderer Kernwaffenstaaten, die Nuklearwaffen immer offener in ihre Kriegsführungspläne einbeziehen, wird der Wert dieser Sicherheitsgarantien zu Recht in Frage gestellt. Sollte es gelingen, bei dem für den Iran so wichtigen Thema der regionalen Sicherheit Fortschritte zu erzielen, so wäre es möglich, dass damit auch die Frage der Sicherheit von Nichtkernwaffenstaaten insgesamt diskutiert werden kann.³²

³² Zur Verknüpfung der Frage von Sicherheitsgarantien und atomwaffenfreier Zonen siehe z. B.: Spector, Leonard S. and Aubrie Ohlde. 2005. "Negative Security Assurances: Revisiting the Nuclear-Weapon-Free Zone Option". In *Arms Control Today*, Vol. 35, No. 3, April 2005, pp. 13–19.

Schließlich würde eine langfristige Lösung des iranischen Atomkonflikts dauerhaft die Autorität der IAEA stärken. Sowohl die Vereinigten Staaten als auch der Iran stellen seit Beginn der Krise die Leistungsfähigkeit und Unabhängigkeit der Wiener Kontrollbehörde in Frage. Der Iran kritisiert, dass die IAEA „politisch“ agiere und nicht objektiv sei. Die Bush-Administration vertraut internationalen Kontrollen nicht und verdächtigt den Iran, ein geheimes Atomprogramm zu betreiben, das seit Jahren vor den Inspektoren geheimgehalten wird.

Die P5+1-Offerte sieht offenbar vor, dass der Fall an die IAEA zur Klärung noch offener Fragen zurück überwiesen wird, sobald der Iran die Urananreicherung suspendiert. Das Urteil darüber, ob der Iran alle offenen Fragen geklärt hat und alle vertraglichen Verpflichtungen erfüllt, würde dann zunächst wieder bei der IAEA liegen. Offen ist, ob und in welcher Weise der Sicherheitsrat ebenfalls beschließen müsste, dass die Atomakte des Iran geschlossen wird. Ein Prozedur, die eine Aufhebung des Moratoriums von einem positiven Votum des Sicherheitsrats abhängig macht („green light procedure“) würde den P5, und damit den USA, die Möglichkeit geben, eine Lösung des Konflikts hinauszuzögern. Besser wäre es, wenn der Sicherheitsrat lediglich die Möglichkeit erhielte, eine Beendigung des Moratoriums per Beschluss zu verhindern („red light procedure“), nachdem die IAEA die Nuklearakte geschlossen hat.

Sollte es gelingen ein langfristiges Abkommen mit dem Iran zur Lösung der Nuklearfrage zu schließen, dann wäre dies zudem ein Beleg dafür, dass (gestärkte) „Safeguards“ auch bei schwierigen Fällen wie dem Iran greifen können und dass Verifikation auch dann funktionieren kann, wenn Zweifel an der Vertragstreue des überwachten Staates bestehen.

Perspektiven für den NVV

Ob eine einvernehmliche Lösung des Konflikts möglich ist, entscheidet sich vor allem an der Frage, ob der Iran und die USA bereit sind, sich auf einen Kompromiss einzulassen, der sich an den multilateralen Verpflichtungen orientiert, die diese beiden Staaten eingegangen sind. Für den Iran heißt dies, dass er vorbehaltlos alle Verpflichtungen umsetzen muss, die aus seinen „Safeguards“, einschließlich der Verpflichtungen aus dem Zusatzprotokoll erwachsen. Für die USA heißt dies langfristig, dass sie die Rolle der eigenen Atomwaffen begrenzen müssen. Solange die USA und andere Kernwaffenstaaten die positive Rolle der eigenen Nuklearwaffen für nationale Sicherheit und internationale Stabilität

betonen, so lange wird Staaten wie dem Iran nicht zu vermitteln sein, dass sie auf Kernwaffen verzichten sollen.³³

Kurzfristig sollten beide Seiten nach Lösungen suchen, die multilaterale Regime wie den NVV stärken. Dies betrifft zum einen die Suche nach einem nicht-diskriminierenden, universellen Modell, das kritische Nuklearaktivitäten „proliferationsfest“ macht³⁴. Es betrifft zum anderen die Suche nach einer stabilen und gerechten sicherheitspolitischen Ordnung im Mittleren Osten.

Neben diesen politischen Fragen hat die Krise aber auch deutlich gemacht, dass der NVV wichtige strukturelle Mängel hat. Im Gegensatz zu anderen multilateralen Regimen hat der Vertrag keinen institutionellen Unterbau, der eine Diskussion über die für den Vertrag zentrale Krise organisieren könnte. Der NVV kennt keine Generalversammlung der Mitgliedsstaaten und hat kein Sekretariat. Diese institutionellen Defizite machen sich jetzt bemerkbar, weil die Diskussionen entweder in der nur für Teilfragen des Problems verantwortlichen IAEO oder im stark politisierten Sicherheitsrat stattfinden können. Es ist zu hoffen, dass von der Krise um das iranische Atomprogramm auch ein positiver Impuls ausgeht, der dazu führt, dass der NVV insgesamt gestärkt wird.

2.5. Tim Guldemann: Gespräche mit dem Iran müssen in Gang kommen – Empfehlungen an die Europäer³⁵

Hätte man mich vor zwei Monaten gefragt, wie hoch ich die Chancen eines friedlichen Ausgangs des Streits um das iranische Atomprogramm einschätze, ich hätte geantwortet: etwa 20 Prozent. Ich war sehr pessimistisch. Heute würde ich sagen: die Chancen stehen 50 zu 50. Ich glaube, jetzt ist mit der Wende in der amerikanischen Politik und mit dem Angebot der fünf UN-Vetomächte plus Deutschlands vom Juni an den Iran die

³³ Vgl. hierzu Johnson, Rebecca. 2006. "Disarmament and sustainable Non-Proliferation". Presentation to the International Conference on Iran's Nuclear Energy Programme: Politics and Prospects Centre for Strategic Research, Tehran, 25 April 2006, www.acronym.org.uk/wmd/iranpres.htm.

³⁴ Vgl. Sokolski, Henry. 2005. "After Iran: Back to the Basics on "Peaceful" Nuclear Energy". In *Arms Control Today*, Vol. 35, 3, April 2005, pp. 20–25.

³⁵ Vom Autor leicht überarbeitete Fassung des mündlich gehaltenen Statements

Möglichkeit zu einer friedlichen Lösung gegeben. Zuvor war eine solche Lösung unwahrscheinlich.

Die Wende in der amerikanischen Politik gegenüber dem Iran halte ich für sehr positiv und sie ist sehr ernst zu nehmen. Die USA haben schon einmal einen Vorschlag gemacht zur Lösung der Probleme in ihren Beziehungen mit dem Iran. Die damalige Außenministerin Madeleine Albright hat ihn am 17. März 2000 vorgelegt. Darin war auch quasi eine Entschuldigung für den von der USA initiierten Staatsstreich gegen die iranische Regierung unter Premierminister Mohammad Mosaddeq im Jahr 1953 und für die Unterstützung von Saddam Hussein im Krieg gegen den Iran enthalten. Aber damals waren die Iraner innenpolitisch nicht zu einer Verständigung bereit, deshalb verlief dieser Vorschlag im Sande. Dann kam die Bush-Regierung und bald die „Achse des Bösen“. So war natürlich auch keine Verständigung möglich.

Was wird jetzt, nach dem Angebot der fünf UN-Vetomächte und Deutschlands passieren? Ich glaube, die Iraner werden dazu sagen: „Ja, aber“. Dann beginnt ein diplomatisches Geplänkel und man muss sehen, wie man sich mit dem Iran irgendwie arrangieren kann. Es ist sehr wichtig, dass man überhaupt einen Dialog aufnimmt, eventuell auch durch Gespräche über Gespräche.

Ich sehe drei Lehren aus der bisherigen Entwicklung des Disputes.

Erstens: Leider gilt für diplomatische Lösungen eines solchen Konflikts die Devise: je später, desto schlechter. Hätte man ernsthafte Diplomatie vor drei oder fünf Jahren, insbesondere unter Einschaltung der USA betrieben, hätte man eine viel bessere Lösung haben können, als heute ausgehandelt werden kann. Das hängt mit veränderten strukturellen Entwicklungen in der Welt zusammen. Diese haben die Amerikaner zu einer neuen Position bewogen, nicht die harte Haltung und die Provokationen des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad.

Zweitens: Ein zentrales Problem ist der Respekt. „Sticks and Carrots“, „Knüppel und Karotten“, das ist das Vokabular von Eseltreibern. Man behandelt den Iran als Esel und sagt: Entweder gehst du hier lang, wenn ja, bekommst du eine Karotte, wenn nicht, gibt es den Knüppel. Für eine Kulturnation wie den Iran ist eine solche Haltung nicht hinnehmbar. Ich hatte vor ein paar Wochen ein Gespräch mit dem Chefunterhändler des Irans Ali Laridshani. Er sagte, die Bedingung für eine Verhandlungslösung sei, dass diese Bedrohung erst einmal wegfällt, dass der Iran ernst

genommen, dass er respektvoll behandelt wird. Dann seien die Iraner zu vielem bereit.

Meine Einschätzung ist: Wenn die Amerikaner wirklich die drei Worte „in mutual respect“ über die Lippen bringen, dann ist alles möglich. Das war bis heute schwierig. Aber nun stehen genau diese Worte – wenn man den Presseberichten glauben schenkt – in dem Vorschlag der sechs Mächte, und das mit expliziter Unterstützung der Amerikaner. Daran erkennt man, es hat sich etwas geändert. Allerdings wird die Verständigung erschwert, wenn gleichzeitig die Diskussion in Amerika weitergeht, dass, falls es zu keiner Einigung kommt, es doch noch zum Militärschlag kommen könnte.

Drittens: Eine weitere Lehre sehe ich darin, dass sich – kühn formuliert – ein Paradigmenwechsel in der internationalen Politik abzeichnet. Der Westen verliert das Einflussmonopol im Mittleren Osten. Die Amerikaner können nicht mehr bestimmen, wo es langgeht. Und die Europäer im Schlepptau der Amerikaner können es auch nicht. Dafür gibt es vor allem zwei Gründe: Der Ölpreis liegt schon jetzt bei 70 US-Dollar. Jeder weiß, dass er bei einer Krise auf 100 US-Dollar steigen würde, was politisch nicht mehr hinnehmbar wäre. Der zweite Grund ist die Industrieentwicklung von Asien inklusive Chinas, die auch für die Entwicklung des Ölpreises ausschlaggebend ist. Dabei verfolgt China weltpolitisch eigene Interessen, insbesondere die Sicherstellung seiner Energieversorgung. Dadurch haben sich die Rahmenbedingungen geändert und das haben auch die Amerikaner erkannt. Das drückt sich auch darin aus, dass ein Konsens der Großmächte als einzige Möglichkeit angesehen wird, etwas gegenüber dem Iran zu erreichen. Und zur Schaffung eines solchen Konsens sind die USA den anderen inhaltlich sehr weit entgegengekommen.

Was wäre vor diesem Hintergrund konkret zu empfehlen? Vor allem die Einsicht, dass sich der Iran-Konflikt nur schwer eskalieren lässt. Ein Militärschlag ist überhaupt keine Lösung. Wenn dem so ist, muss man sehr vorsichtig vorgehen und alles daran setzen, dass Gespräche in Gang kommen und irgendwie weitergehen – und zwar nicht aus Nächstenliebe zu den Iranern, sondern aus reinem Pragmatismus.

Weiterhin ist sehr viel Respekt zu empfehlen. Das ist etwas, das die Iraner gerne hören. Nota bene: Der Durchbruch in den

Verhandlungen mit den Europäern am 21. Oktober im Jahre 2003 war zum Beispiel protokollarischer Art: die drei Außenminister der drei größten europäischen Staaten sind zu einer gemeinsamen Pilgerfahrt an den Hof der persischen Herrscher aufgebrochen und dort mit aller Ehrerbietung dem Regime gegenüber aufgetreten, um die Tür zu öffnen für die Verhandlungen mit der EU. Nach diesem Besuch waren die Iraner bereit, ihre Urananreicherung zu suspendieren. Ich glaube, es ist dieser Respekt, der überhaupt diese Verhandlung mit den Europäern möglich gemacht hat. Danach sind diese Verhandlungen zwar gescheitert. Aber das mindert überhaupt nicht die Wichtigkeit des Respekts.

Und zum Schluss: Wenn es mit den Verhandlungen schief geht, dann wird diese internationalen Allianz der Großmächte, der Vetomächte im Sicherheitsrat plus Deutschlands, zerbrechen. In der Folge sehe ich eine schwere Prüfung für das transatlantische Verhältnis voraus. Denn die Amerikaner werden dann zu den Europäern kommen und sagen: Jetzt müsst ihr mit uns gegen den Iran vorgehen. Das wird für die Europäer eine schwierige Situation sein. Deshalb halte ich es für wichtig, dass sich die Europäer jetzt, vor allem ausgehend von Deutschland, sehr intensiv um einen Konsens innerhalb der Europäischen Union bemühen. Denn nur auf Grundlage eines Konsenses kann Europa eine selbständige Rolle spielen. Der Zeitpunkt, an dem es schwierig wird, wird voraussichtlich Anfang nächsten Jahres sein, wenn Deutschland die Präsidentschaft in der Europäischen Union und die Präsidentschaft in der G8-Gruppe innehat. Meine Hoffnung ist, dass sich Deutschland heute sehr intensiv vor allem mit den Europäern auf diese mögliche Situation vorbereitet.

3. Erste Diskussionsrunde

3.1. Fragen aus dem Plenum

Frage: Ich habe in einer Tageszeitung einen Artikel von Hans Rühle gelesen, der ein hoher Beamter im Verteidigungsministerium war. Darin hat er geschildert, dass es zwischen Russland und Iran seit Mitte/Ende der 90er Jahre einen Deal gibt, nachdem Russland den Iranern die Atomwaffen und die entsprechende Technologie zugestanden hat. Ich weiß nicht, ob Hans Rühle Recht hat, aber mich wundert es, dass keiner von Ihnen diesen Punkt aufgenommen hat. Ist die Hoffnungswelle, auf der Sie schwimmen, stärker als Fakten von nüchternen Verteidigungsbeamten, die sich mit Russland befasst haben?

Frage: Ich bin gestern aus Teheran wieder gekommen, ich bin Deutsch-Iraner. Das einzige Interesse, das meiner Meinung nach der Iran hat, ist die Zusammenarbeit und Wirtschaftsbeziehungen mit den USA. Der Iran ist stark abhängig von seiner Erdölindustrie und muss diese Technologien aus den USA bekommen, weil die die besten Technologien dafür haben. Ist es in näherer Zukunft realistisch, dass es zu einem Dialog mit den USA und einer diplomatischen Anerkennung kommt? Denn Europa, Deutschland hat nichts zu bieten.

Frage: Was würden Sie, Herr Guldemann, Wirtschaftsunternehmen empfehlen, die im Iran investieren wollen? Der BASF sind da ja vor einiger Zeit viele Fragen gestellt worden, als sie zusammen mit Shell das gemeinsame Tochterunternehmen Basell an den Iran verkaufen wollte.

Frage: Wer sind denn eigentlich die Entscheidungsträger im Iran, mit denen man sprechen muss? Wem kann man von den Entscheidungsträgern auch den von Ihnen, Herr Guldemann, erwähnten Respekt entgegenbringen? Hat sich die Gesellschaft verändert? Geht sie weg von dem früheren Einfluss der Geistlichen mehr hin in Richtung Militärisierung wegen des Hintergrundes des jetzigen Staatspräsidenten?

3.2. Karim Sadjadpur: Who is the Power in Tehran?

Russia and Iran—have they already made a pact to build a nuclear weapon? I highly doubt that. From Moscow's and from Tehran's perspective there is a great deal of historical mistrust. If you look at the contemporary Iranian history, no Iranian politician trusts the Russians or even quite frankly likes working with the Russians. They are in a position right now where they do not have much choice, but they do not enjoy working with Russians. They would much more prefer to work with the Europeans or the Americans.

From Moscow's perspective as well there is a great game being played for influence in Central Asia between Turkey, Iran, Russia and China to an extent. And I do not think any Russian leader would say it behoves them from this strategic perspective to have an Iranian nuclear weapon with which Iran would be able to wage far more influence in Chechnya, Turkmenistan Tadjikistan, Azerbaijan etc. So I would discount those rumours.

US - Iran rapprochement paramount

I would agree absolutely with the comment that Iran must have co-operation with the United States. In my opinion some type of a US-Iran rapprochement, a diplomatic accommodation is a prerequisite for Iran's reintegration into the international community. As long as US-Iran relations remain as they are, Iran will never be able to fully reintegrate into the international community. I would also argue that from the point of view of the well being of the Iranian people an US-Iran accommodation also is a prerequisite. But the well being of the Iranian people is not necessarily the regime's primary concern. It has not always been the number one priority for this regime the last 27 years, else they would have behaved differently on many different accounts.

European and German role very important

I would agree that neither EU disincentives nor incentives on their own are going to bring about a binding resolution. This is what we saw the last two and a half years of these negotiations: neither the EU stick nor the EU carrot—to use that incorrect terminology that is already into play—is going to work. You are going to have a greater US role. But I would argue that the depth of mutual mistrust and ill-will is so deep right now between the US and Iran, it is going to be very difficult to have these two parties come to the table on their own. So I would disagree that there is not a European or a German role. I think there is a very important European and German role to be played to simply keep these two parties at the table and focus on diplomacy, because if left up to their own devices, I do not think it is going to end diplomatically.

Who is in power in Teheran?

About who should we engage within the Iranian regime? At the end of the day I do think that Ayatollah Chamenei is the CEO of Iran incorporated. He is the most powerful person, he is the decision-maker. But by no means is Iran a dictatorship like Saddam Hussein's Iraq. It is very clear as Tim and others have said that decisions in Iran are made by consensus rather than by decree. There are various factions that need to be on board and to an extent they are on board right now. You have every single one from Ahmadi-neshad to the pragmatists and others saying, we should have dialogue with the United States, we should make a deal with the United States.

We are all very surprised about the assertiveness and the influence of Ahmadinedschad. No one anticipated this, when he was elected in June of 2005. One thing I think we should be concerned about is the rising influence of the revolutionary guards. This is a cause for concern, but to an extent they are not necessarily an independent minded entity. Historically they have been aligned with the Supreme Leader. They have not disagreed with his major decisions.

Respect or recognition of the Iranian regime?

The last question about respect. I would differ slightly with the terminology. I think what we need is recognition, a recognition from the US that this is the regime that is in power in Iran and it's not going anywhere any time soon. But quite frankly as an Iranian I have a tough time. We have the saying in English that respect must be earned not legislated, respect must be earned not demanded. When you have a president of a country, who says, Israel should be wiped of the map in the morning, and then says in the afternoon, our nuclear intentions are really peacefully, that makes things difficult. You need to behave in a certain way internationally so that people respect you. I would agree we need a recognition, but respect does not entail respecting all of Iran's behaviour.

3.3. Götz Neuneck: Russlands Nukleargeschäfte mit dem Iran

Ich kenne den Artikel von Herrn Rühle nicht. Aber zur atomtechnischen Zusammenarbeit zwischen dem Iran und Russland soviel: Der Vertrag zwischen Iran und Russland hat einen Wert von circa 800 Millionen US-Dollar. Er bezieht sich auf die Lieferung und den Bau von einem Leichtwasserreaktor in Bushir. Es soll aber noch eine zweite Leichtwassereinheit dort aufgebaut werden. Die russische Kernindustrie, die zeitweise nach 1991 wegen der ökonomischen Krise in Russland nur quasi überwintern konnte, ist froh, Kernausrüstung zu exportieren. Der Reaktor in Bushir ist ursprünglich eigentlich ein alter deutscher Biblis-Reaktor. Die Deutschen sind aber nach 1979 dort ausgestiegen und die Russen sind später eingesprungen. Die Russen würden dort gerne weitere Nuklear-Geschäfte machen. Die Chinesen würden dort auch gerne solche Geschäfte machen. Die USA machen Geschäfte mit

Indien. Die Franzosen und die Russen möchten in Indien auch Nuklear-Geschäfte machen und auch die deutsche Industrie ist wahrscheinlich, obwohl sie es noch nicht öffentlich gesagt hat, daran interessiert.

Es geht hier auch in erster Linie um eine wirtschaftliche Komponente, gar keine Frage. Aber ich warne davor, die wirtschaftlichen und die sicherheitspolitischen Komponenten zu vermischen. Die Russen haben auch ein ökonomisches Interesse daran, die Urananreicherung für den Iran zu übernehmen. Sie haben vier entsprechende Fabriken, eine davon in Ostsibirien und die würde in Frage kommen. Aber es würden hohe Kosten entstehen, die der Iran bezahlen müsste. Deswegen denke ich, wird der Iran auf die „russische Option“ nicht eingehen. Zudem ist das iranisch-russische Verhältnis nicht sehr herzlich.

3.4. Tim Guldemann: Was bedeutet Respekt gegenüber dem Iran?

Wenn ich von „Respekt“ spreche, meine ich vor allem eine Art diplomatischen Respekt. Insbesondere die Amerikaner müssen ihre Bereitschaft erklären, das Regime als Regime des Staates Iran zu akzeptieren. Ob sie es lieben oder hassen, die USA müssen die Teheraner Regierung als die Regierung ansehen, mit der man etwas aushandeln kann ohne gleichzeitig zu sagen: Eigentlich wollen wir, dass ihr verschwindet und am liebsten würden wir euch unter dem Stichwort „Demokratieförderung“ stürzen. Respekt bedeutet also diese Unklarheit auszuräumen. Ob man die Regierung dort mag oder nicht, spielt keine Rolle. Die Theorie, das Teheraner Regime implodiert, wie Ceausescu Regime damals in Rumänien implodiert ist, diese Theorie hat sich als falsch erwiesen. Man kann davon ausgehen, dass dieses Regime noch viele Jahre lang das Regime sein wird, mit dem man es zu tun hat.

Ahmadinedschad muss man sicher nicht den Hof machen. Er ist ein Staatspräsident, der quasi die Funktion eines Ministerpräsidenten ausfüllt. Er sagt, Israel müsse von der Landkarte getilgt werden und leugnet den Holocaust. Das hat er zwar wieder etwas zurück genommen, aber es bleibt horrend. Auch wenn man den Herrn nicht mag, gibt es Möglichkeiten trotzdem mit dem Regime zu sprechen und zu verhandeln. Das findet auch an anderen Orten statt. Man spricht auch mit Nordkorea. Nordkorea hat sich im Nuklearbereich viel mehr zu Schulden kommen lassen als der Iran. Selbst mit Saddam Hussein hat man gesprochen. Natürlich ist das eine Gratwanderung, das ist mir klar. Nur sind

Gespräche und Verhandlungen, pragmatisch gedacht, das einzige, was zum Ziel führt.

Noch ein Gedanke: Ahmadinedschad profitiert innenpolitisch davon, wenn es in der Außenpolitik eine Konfrontation gibt. Denn das zwingt das Regime, ihn zu stützen. Man muss aufpassen, nicht in diese Falle hineinzulaufen.

Sind Investitionen durch Sanktionen gefährdet?

Zur Frage nach einer Empfehlung an Wirtschaftsunternehmen, die im Iran investieren wollen. Ich glaube nicht, dass solche europäischen Iran-Sanktionen kommen werden, die Unternehmen, die sich jetzt ein solches Geschäft überlegen, zwingen würden, diese Investitionen wieder aufzugeben. Schauen wir uns an, was laut den Presseberichten im Zusammenhang mit dem Angebot an potentiellen „Knüppeln“ in Betracht gezogen wird: Diese Sanktionen konzentrieren sich auf Maßnahmen gegenüber Repräsentanten des Regimes wie Visabeschränkungen oder auf Einschränkungen im Bankbereich oder auf wirtschaftliche Sanktionen, die die Rüstungsimporte des Irans betreffen. Es geht nicht um allgemeine Wirtschaftssanktionen. Ich möchte hinzufügen: Ich glaube sogar, dass man noch sehr weit davon entfernt ist, überhaupt eine Zustimmung des UN-Sicherheitsrates zu irgendwelchen Wirtschaftssanktionen zu bekommen. Und dass Deutschland oder Europa im Alleingang mit Amerika solche Sanktionen verhängt, halte ich für unwahrscheinlich.

Noch etwas speziell zum Energiebereich, das vorhin schon Herr Kubbig erwähnt hat: Der einseitige US-Beschluss – der sogenannte „Iran/Libya Sanctions Act“, der jetzt nur auf den Iran angewendet wird – besagt, dass wenn ein Unternehmen im Energiebereich im Iran Investitionen in Höhe von mehr als 20 Millionen US-Dollar pro Jahr tätigt, dann wird diese Firma auf dem amerikanischen Markt einem Boykott ausgesetzt. Aber meines Wissens gibt es keinen einzigen Fall, in dem dieser „Iran/Libya Sanctions Act“ zur Anwendung gekommen ist. Denn die Europäer haben den Amerikanern gesagt: Das mögen wir nicht, wir gehen im schlimmsten Fall zur Welthandelsorganisation. Das ist absolut WTO-widrig. Die Japaner haben ebenfalls offiziell erklärt: Das machen wir nicht mit.

Allerdings sehe ich, dass sich für eine Firma, die im Iran investieren will, ein anderes Problem stellt: die psychologische

Situation auf dem amerikanischen Markt. Die Schweizer Banken haben sich zum Beispiel vor kurzem etwas zurückgezogen aus dem Kreditgeschäft mit dem Iran. Es gibt natürlich Pressionen aus Amerika. Es ist zwar unklar, inwiefern die Schweizer Banken diesem Druck direkt nachgegeben haben. Aber es herrscht ein Klima, in dem sich eine Firma überlegen muss, ob ihr der iranische Markt wichtiger ist oder der amerikanische. Leider fällt die Entscheidung dann oft so aus, dass die US-Sanktionen psychologisch wirken.

3.5. Bernd W. Kubbig: Ergebnisse der US-Sanktionen gegen den Iran

Ich möchte auf die Frage nach dem Verhältnis der USA zum Iran eingehen. Beide Seiten haben eine rhetorische Kriegsführung betrieben, nicht nur Ahmadinedschad, sondern auch Washington. Zum Beispiel hat Washington den Bericht von Seymour Hersh im „The New Yorker“ nicht dementiert oder widersprochen. In diesem Artikel hatte Hersh berichtet, dass die US-Administration gegebenenfalls auch taktische Atomwaffen gegen iranische Anlagen einzusetzen plane. Auch das sind ja Drohungen. Ich denke aber, dass inzwischen beide Seiten gemerkt haben, dass sie durch solche Rhetorik mehr zu verlieren als zu gewinnen haben.

Das betrifft meiner Meinung nach auch den Wirtschaftsaspekt. Die Diskussionen im US-Kongress und die scharfen Auseinandersetzungen, die es um den „Iran Freedom Support Act“ vor kurzem gegeben hat, haben deutlich gemacht: Die Administration Bush hätte sehr gern, dass man diese Sanktionsgesetzgebung ad acta legt, dass man sie nicht generell, sondern vielleicht nur noch für zwei Jahre verlängert und dann sieht, was dabei herausgekommen ist.

Im Kongress gibt es leider nur einige wenige Senatoren und Abgeordnete, die gesagt haben: „Wir müssen jetzt überlegen, was hat uns denn dieses Sanktions-Gesetz, diese umfassende Sanktionierung von Ausfuhren und Einfuhren wirklich gebracht?“

In den Diskussionen haben aber selbst diejenigen, die diese umfassenden Aus- und Einfuhrverbote auf ewig festlegen wollen, gesagt: Die ursprüngliche Zielsetzung dieses Gesetzes, nämlich den Iran daran zu hindern mit Geldern, die es von anderswo erwirbt, Atomwaffen und möglicherweise andere Massenvernichtungsmittel aufzubauen, wurde nicht erreicht. Auch sonstige Verhaltensänderungen – in der Terrorismusfrage, in der Israelfrage etc. – sind durch die Sanktionspolitik der USA nicht erreicht worden. Darüber gibt es in der Expertengemeinde und

auch in der Bush-Administration eine weitgehende Übereinstimmung.

In der Regel wird gesagt, dass der große Verlierer dieser Sanktionsgesetzgebung die amerikanischen Firmen selbst sind. Nur zwei Beispiele: 1995, kurz bevor dieses Gesetz in Kraft trat, war die amerikanische Ölfirma Conoco gerade dabei, mit der „North Iranian Oil Company“, der staatlichen Ölgesellschaft, einen Vertrag über 600 Millionen US-Dollar abzuschließen. Das durfte nicht passieren, obwohl es von iranischer Seite auch als Signal gedacht war. Stattdessen hat später der französische Konzern Total den Zuschlag bekommen.

In der Tat sieht dieses Gesetz auch Ausnahmen vor. Der amerikanische Präsident kann, wenn er meint, dass die nationalen Interessen der USA negativ beeinflusst werden, eine Ausnahmeregelung erteilen. Bisher sind nur Ausnahmeregelungen erteilt worden, auch an Japan, Russland und Malaysia. Die Dollar-Summen gingen in die Milliarden. Man weiß in Washington, dass die amerikanischen Firmen ins Hintertreffen geraten sind und dass das Gesetz politisch nichts gebracht hat. Deswegen beginnt man langsam zu erkennen, dass die Kooperation beider Seiten mehr Gewinn bringen kann.

Der Iran kann Sanktionen durchstehen

Verlierer sind aber nicht nur amerikanische Firmen. Die Verlautbarungen von der Gruppierung im Iran, die Karim Sadjadpur als Pragmatiker bezeichnet hat, sind eindeutig. Hassan Rohani zum Beispiel hat erklärt: Umfassende Sanktionen könnten dem Regime oder auch der Bevölkerung im Iran durchaus schaden und deswegen gibt es natürlich auch von iranischer Seite ein Interesse an Kooperation. Aber wenn es hart auf hart kommt, sind die Iraner in der Lage, Sanktionen durchzustehen. Das haben die letzten 20 Jahre bewiesen. Sie können diversifizieren. Die Anzahl ihrer Handelspartner – 1974 waren es nur sieben, 1994 bereits vierzehn – ist in die Höhe geschneilt. Die ganze Produktpalette ist diversifiziert worden und der hohe Ölpreis von 75 Euro und mehr für einen Barrel gibt einen beträchtlichen finanziellen Spielraum. Wie gesagt, wenn es hart auf hart kommt, kann Iran das durchstehen, jedenfalls das Regime. Ich glaube auch, dass das die Amerikaner wissen. Der Zwang zur Kooperation ist meines Erachtens auf beiden Seiten gegeben.

4. Zweite Diskussionsrunde

4.1. Fragen aus dem Plenum

Frage: Herr Kubbig, Sie haben zur Frage der Sanktionen gesagt, da würden die Europäer von den Amerikanern noch zur Kasse gebeten werden. Herr Guldemann hat gesagt, an umfassende Sanktionen wird nicht mehr gedacht, sondern eher an militärische und finanzielle Sanktionen oder an Einschränkungen von Reisen. Mich interessiert, ob und inwieweit es dazu Debatten im Rahmen der OECD oder zwischen den verschiedenen Regierungen und Parteien gibt? Als zweites interessiert mich, inwiefern in Bezug auf sogenannte „Smart Sanctions“, darüber hat das BICC zum Beispiel ja viel geforscht, eine zivilgesellschaftliche Diskussion Einfluss nehmen kann?

Frage: Was für eine Rolle spielt China Ihrer Meinung nach, blockiert es nur den Westen oder könnte es eine konstruktive Rolle spielen. Und: Wozu würde Ihrer Meinung nach der Iran eine Atombombe benutzen? Es gibt ja die Befürchtung, dass er die Bombe gegen Israel, die USA oder auch gegen Europa einsetzen würde.

Frage: Es wurde gesagt, dass ein Zwang zum Dialog besteht, dass also ein Verhandlungsprozess unbedingt eingeleitet werden muss. Wie soll man Ihrer Meinung nach vorgehen, wenn die Iraner auf das Angebot der sechs Mächte antworten: Wir sind bereit über die angesprochenen Themen zu verhandeln, einiges begrüßen wir, bei einigen Dingen wollen wir Klarstellungen und Verbesserungen, anderes lehnen wir ab. Aber eine Suspendierung jeglicher Urananreicherung – die bisherige Vorbedingung für Verhandlungen also – ist mit uns nicht zu machen. Wie soll man da reagieren?

Frage: Inwieweit versucht die USA in der „Nuclear Suppliers Group“ neue Kriterien für die Erlaubnis für den Export von ziviler Nukleartechnologie durchzusetzen? Und wie beeinflussen sich gegenseitig Ihrer Meinung nach die Verhandlungen zwischen den sechs beteiligten Mächten und Nordkorea und die Entwicklungen um den Iran?

Frage: Was sehen Sie für eine Möglichkeit, mit der Frage der Urananreicherung umzugehen, wenn der Iran darauf besteht, die Urananreicherung auf jeden Fall im Land durchzuführen? Es wurde ja auch gesagt, dass die russische Lösung für den Iran nicht in Frage kommt.

4.2. Götz Neuneck: Dem Iran schon jetzt eine limitierte Urananreicherung gestatten

Ich gehe davon aus, die Antwort des Iran auf das Angebot der sechs Mächte wird nicht nur sein zu sagen, wir wollen weiter verhandeln – denn es hat ja schon Verhandlungen gegeben. Sondern sie werden genau zu einzelnen Punkten Stellung nehmen müssen. Da wird dann stehen: Jawohl, wir wollen eine russische Option weiterverfolgen oder nicht. Jawohl, wir wollen das „Additional-Protocol“ der IAEA, so wie es auch vorgeschlagen ist, unterschreiben oder nicht. Jawohl, wir wollen die unklaren Fragen, die noch offen sind und sich auf die Urananreicherung und das Nuklearprogramm beziehen, beantworten oder nicht.

Ich bin der Auffassung, dass man dem Iran – auch aus Respekt vor dem internationalen Recht entsprechend dem Nichtverbreitungsvertrag – schon jetzt eine limitierte Urananreicherung gestatten kann. Er hat sie im Augenblick. Ich sehe darin keine wesentliche Gefahr, wenn man sie weiter mit 164 Gaszentrifugen arbeiten lässt. Das kann man als Forschung bezeichnen, es ist natürlich aber eine Weiterentwicklung.

In dem Vorschlag der P5+1 ist – soweit es stimmt, was in der Presse darüber berichtet wurde – enthalten, dass dem Iran längerfristig auch eine Urananreicherung in industriellem Umfang gestattet werden kann. Man hat im Prinzip dem Iran den Weg dahin aufgezeigt, und das ist meiner Meinung nach eine sehr überraschende Wende. Jetzt brauchen wir also eine technische Lösung. Ich habe vorhin ein paar technische Lösungen aufgezählt. Die haben alle Haken und Ösen. Da stellt sich die Frage: Wie gut sind die Kontrollen und vor allem: was passiert, wenn der Iran Urananreicherung betreibt und dann irgendwann sich überlegt, aus dem Nichtverbreitungsvertrag auszusteigen. Er produziert dann eben nicht mehr Brennstoff für Kernkraftwerke, sondern militärisches Material. So lauten ja die Befürchtungen.

Steigt der Iran aus dem NVV aus?

Wir hätten dann tatsächlich eine weitere und schwerere internationale Krise. Aber ich halte dieses Szenario nicht für wahrscheinlich. Denn wozu sind denn dann eigentlich die Kernkraftwerke da? Wozu ist denn Bushir da? Meint man wirklich, der Iran wollte dann nur für Atomwaffen Uran anreichern?

Ich bin der Auffassung, mit der Urananreicherung will sich der Iran eine Option verschaffen. Ich interpretiere das Nuklearprogramm als Option, gegebenenfalls später auch Atomwaffen herstellen zu können, wenn man sie denn will. Ich möchte aber auch daran erinnern, dass der Iran Pläne für ein sehr umfangreiches ziviles Nuklearprogramm hat. Man redet von bis zu 20 Kernreaktoren, die bis zum Jahre 2035 laufen sollen. Manche sprechen von der Renaissance der Kernenergie. Das findet übrigens auch in westlichen Staaten statt, solche Argumente kommen nicht allein aus dem Iran.

Der Iran möchte mehr Energie produzieren. Man möchte mehr Brennstoff haben. Und da hat man auch die Unterstützung der Dritten Welt, wenn der Iran nämlich zu den westlichen Mächten sagt: Ihr habt eine selektive Politik von „Non-Proliferation“ und von Kernenergie. Ihr sucht euch die Staaten aus, die euch genehm sind, die zu eurer Allianz gehören. Brasilien darf anreichern, Japan darf das, Deutschland darf das. Da wird gar nicht gefragt oder nur ein paar Kontrollen mehr durchgeführt. Aber ihr Iraner dürft es nicht. Das ist sicherlich nicht der richtige Weg, wie Botschafter Guldemann aufgezeigt hat, wie man mit gegenseitigen Respekt und internationalen Verträgen umgehen sollte. Am besten wäre es allerdings, von der gefährlichen und ambivalenten Kernenergie insgesamt abzulassen, denn diese stellt keine Lösung des Energieproblems dar. Aber diesem Weg folgen ja auch andere Industriestaaten nicht.

4.3. Oliver Meier: Die USA wollen andere Kriterien für zivile Nuklearexporte

Es ist nach den unterschiedlichen Kriterien gefragt worden, die manchmal angewandt werden, wenn es um Nuklearexporte geht. Versuche der USA hier subjektive Kriterien zugrunde zu legen, welche Staaten in den „Genuss“ – wenn man das so bezeichnen will – der friedlichen Nutzung der Kernenergie kommen können, sieht man nicht nur in der „Nuclear Suppliers Group“, sondern sie durchziehen die Rüstungskontroll-Politik der USA insgesamt. Die USA haben zum Beispiel vorgeschlagen, dass bei der Wiener Atomenergiebehörde ein „Compliance Committee“ – also ein Komitee, das darüber befindet, ob Staaten tatsächlich ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen – eingerichtet werden soll. Dieser Ausschuss soll dann entscheiden, welche Staaten das in Artikel IV des NVV verbriefte Recht auf friedliche Nutzung der Kernenergie unbegrenzt wahrnehmen dürfen. Bisher haben sich solche Versuche der USA nicht durchsetzen können, auch

deswegen, weil unter anderem die Europäer sehr skeptisch sind gegenüber der Idee, einem solchen neuen Gremium die Beurteilung zutiefst politischer Fragen zu überlassen.

Besser wäre es, politische Gremien, in denen alle Vertragsstaaten vertreten sind, solche Dinge entscheiden zu lassen beziehungsweise die technische Beurteilung den dafür zuständigen Behörden, also in diesem Fall der IAEO, zu überlassen.

In Bezug auf die „Nuclear Suppliers Group“ wären solche amerikanischen Vorstellungen im Moment ohnehin schwer durchzusetzen, weil die USA gerade versuchen, die Regeln der „Nuclear Suppliers Group“ aufzuweichen. Sie haben vorgeschlagen, Indien, das sogar außerhalb des Nichtverbreitungsvertrages steht und bisher überhaupt nicht mit ziviler Nukleartechnologie beliefert werden durfte, aus rein geostrategischen Gründen in den Kreis der Empfängerländer hinein zu nehmen. Die USA sind deshalb im Moment in einer sehr widersprüchlichen Position, weil sie einerseits eine Verschärfung der Ausfuhrrichtlinien fordern, während sie andererseits dafür werben, die Richtlinien gegenüber Indien außer Kraft zu setzen.

Parallelen zwischen Iran und Nordkorea

Ich möchte auch das Stichwort Nordkorea aufgreifen. Ein Abkommen mit Nordkorea ist meiner Meinung nach noch in relativ weiter Ferne. Aber auch im Falle Nordkoreas scheint sich in Washington langsam die Einsicht durchzusetzen, dass die Politik der Isolierung solcher Staaten nicht funktioniert. Auch in den USA begreift man langsam, dass diese Politik im Grunde genommen auf einen selbst zurückfällt, weil sie dazu führt, dass diese Regime sich weiter radikalieren und gegenüber Druck von außen noch weniger empfänglich werden. Deshalb ist diese Politik schlichtweg kontraproduktiv. Diese Politik wurde ja auch gegenüber dem Iran bis vor kurzem explizit verfolgt. Es hieß in Washington, wir wollen Iran international isolieren, teilweise sogar mit dem Zusatz „wie Nordkorea“. Auch im Falle Nordkorea gibt es vorsichtige Anzeichen, dass sich diejenigen in der US-Administration jetzt stärker durchsetzen können, die bezweifeln haben, dass man durch Druck von außen Fortschritte erzielen kann.

Nordkorea ist auch aus einem anderen Grunde für eine mögliche Lösung des Atomkonflikts mit dem Iran interessant. Denn es gibt ein Verhandlungsforum, die sogenannten Sechsmächtegespräche

mit Russland, China, USA, Japan, Südkorea und Nordkorea. Im Falle des Irans wird es auf ein ähnliches Verhandlungsmuster hinauslaufen. Das Angebot ist ja nicht nur von den EU-3 unterbreitet worden, sondern von den fünf ständigen Sicherheitsratsmitgliedern und Deutschland. Die anderen Staaten, die bisher nicht direkt mit dem Iran verhandelt haben, sind explizit eingeladen worden, an künftigen Gesprächen teilzunehmen und haben diese Einladung zum Teil auch schon mehr oder weniger offen angenommen. Hier scheint mir möglicherweise eine Lehre aus dem Nordkorea-Ergebnis gezogen worden zu sein, dass man die Staaten, die tatsächlich etwas anzubieten und auch wirtschaftliche Interessen haben, involvieren muss, wenn man Fortschritte erzielen will.

4.4. Bernd W. Kubbig: Sanktionen – USA machen Druck

Was die Sanktionsliste anbelangt, wissen wir noch nicht genau, was den Iranern angedroht worden ist. Die Liste, die mir vorliegt, ist nur ein Entwurf für ein EU-3-Papier, das von ABC News veröffentlicht wurde. Sie ist sehr, sehr lang und könnte deshalb auch Ihre Firma treffen. BASF will immerhin zusammen mit Elaston bis 2009 fünf Millionen Euro in Pharmaceuticals investieren. Diese Investition ist in diesem Jahr genehmigt worden.

Schweizer Banken haben sich schon zurückgezogen, UBS, die größte englische Bank auch. Vier große deutsche Banken sind mit einem Volumen von 3,5 Milliarden Euro im Iran tätig, andere Firmen arbeiten über andere Länder. Hier gibt es für die amerikanische Seite gerade gegenüber deutschen Firmen ein El Dorado an Möglichkeiten des Druckes.

Zur Frage nach der Diskussion über wirkungsvolle Sanktionen: Patrick Clawson vom „Washington Institute for Near East Policy“ hat in einer Anhörung zum Iran vor dem amerikanischen Kongress vorgeschlagen, man sollte die Regierungen Europas und anderer Länder auffordern, auf ihre jeweiligen Firmen Druck auszuüben, damit diese sich aus dem Iran zurückziehen. Man geht generell davon aus, dass De-Investmentstrategien wirksamer sind als die Embargostrategie im Bereich des Handels. Aber ich kann mir das allenfalls für die dirigistische Politik Frankreichs vorstellen. Für Deutschland gäbe das große Probleme, glaube ich, wenn solch eine Aufforderung der USA an Herrn Steinmeier und Frau Merkel gerichtet würde. Der BDI und viele Firmen würden sich da doch sehr in der Bredouille sehen. Ich sehe da transatlantischen Sprengstoff auf uns zukommen.

Nicholas Burns, der Undersecretary of State for Political Affairs im Außenministerium, der eigentliche Designer dieser Politik wie auch des Indiendeals, hat vor dem Kongress gesagt: Die Administration Bush sei sich durchaus darüber im Klaren, wie schwierig es ist, „Smart Sanctions“ gegen den Iran zu verhängen – Sanktionen also, die einerseits dem Regime schaden, aber andererseits der iranischen Bevölkerung deutlich machen: „Wir meinen es gut mit euch!“ Es wird sehr schwierig sein, solche Sanktionen hinzubekommen. Denn Sanktionen sind wie ein doppeltes Schwert, sie wirken in verschiedene Richtungen.

Kein Pardon in der Frage der Urananreicherung zu erwarten

Noch eine Bemerkung zu dem „Ultimatum“, dass die Iraner bis zum 29. Juni auf das Angebot antworten müssen: Ich glaube, die Iraner sind gut aufgestellt. Es gibt für sie offensichtlich noch einen wichtigeren Lehrmeister als Chamenei und das ist Kim Jong Il. Die Iraner haben von den Nordkoreanern gelernt: Wir müssen, wenn wir von den USA keine Sicherheitsgarantien bekommen, den nordkoreanischen Weg beschreiten. Ich glaube, die Iraner machen just das. Sie machen es nur intelligenter als Nordkorea. Sie machen es in kleinen Schritten. Aber sie machen es.

Lesen Sie – bei aller Unterschiedlichkeit der Fraktionen im Iran, auf die Karim Sadjadpur hingewiesen hat – den Brief von Herrn Rohani, dem Pragmatiker, in dem Magazin „Times“ vom 9. Mai dieses Jahres „The Way Out“. In der Urananreicherungsfrage gibt es kein Pardon, schreibt er da. Und es braucht kein Pardon zu geben von Seiten der Iraner. Sie sind gar nicht soweit. Ahmadinedschad hat geblufft. Iran ist kein Atomstaat. Die können an ihren Kaskaden auf dem Forschungs- und Entwicklungs-Level arbeiten. Da kann man jetzt Kompromisse machen, die für die Iraner überhaupt keine sind. In dem Augenblick, wo die Iraner in der Lage sind, auch Uran in großem Stil, in industrieller Produktion anzureichern, da wette ich, da werden die Iraner ebenfalls gut aufgestellt sein und sich das nicht verbieten lassen, sondern entsprechende Vorschläge machen und die Weltöffentlichkeit und vor allen Dingen die USA zur Kasse bitten.

Trotzdem glaube ich, können wir recht entspannt sein. Herr Negroponte, der Geheimdienst-Koordinator der USA, sagt selbst, dass wir fünf bis zehn Jahre Zeit haben, bis die Iraner eine Bombe, wenn sie denn eine haben wollen, bauen könnten. Ich finde, wir

sollten relaxter sein. Wir haben die Zeit. Wir können verhandeln. Ich denke, das Ganze läuft letztlich auf ein international kontrolliertes Nuklearisieren des Irans hinaus. Ich glaube, wir reden über nukleares Management, wenn man keinen Krieg und keine verschärften Sanktionen will, und danach sieht es im Moment aus. Trotzdem gehöre ich nicht zu denjenigen, die auf der Welle des Optimismus schwimmen. Ich glaube, es kann durchaus noch recht heiß hergehen, die militärische Option ist nicht vom Tisch.

4.5. Karim Sadjadpur: Does Iran want the Bomb?

I think the most painful sanctions would be sanctions on investment in Iran's energy infrastructure. By the regime's own statistics they require about US \$70 billion reinvestment into their energy infrastructure to be able to output the current oil exploits. They expected to get half of that US \$70 billion, about US \$35 billion, from outside sources, particularly from the EU over a ten years period. So this is one sanction I know that has been talked about a lot in Washington and that could be potentially very painful to the regime and not necessarily immediately painful to the Iranian people.

Intentions of Russia and China

About China's intentions. I think maybe we can ask what Russia's intentions are first, because China often said that they are going to follow the lead of Russia. I would disagree with those who say that Russia's behaviour right now is primarily economically motivated. I think it is much more strategically motivated for a variety of reasons. At the macro level they are reasserting themselves again in the international scene. For a long time they resented this unipolar world order and they are trying to reassert their former status that they are an independent power that must be dealt with and that they can make decisions independently. Economic concerns I think for China as an energy importer are not insignificant, but they are not paramount either.

Does Iran want the bomb?

Why do Iranians want the bomb? I think it is a bit of a loaded question. They would of course argue that they are not interested in the bomb. But let us assume that they are after a nuclear weapons capability. And I often times argue that they are not pursuing the North Korea or the India model, but the Japan

model. By that I mean, they want to be only a screwdriver turn away from being able to weaponise their program if they want, always three to six months away.

What are their intentions? I would argue that they feel that for the last 27 years they have not been recognised by the US. If they cannot earn this recognition, they want to assert themselves and gain this recognition that way. They want to assert themselves as a regional power and also as someone that is worthy of international respect and respect from the US. They have obvious security concerns. If you learn the examples of Iraq and North Korea, it points you in the direction of acquiring a nuclear weapons capability.

What will they do with a potential nuclear weapon? The concern among most people I know in Washington is not that they would try to launch a bomb to Israel, because that would destroy them very easily or that they can hand over nuclear weapons to terrorists, because that is very difficult. But the concern from sober minds in Washington is that an Iran with the nuclear weapon would simply embolden them to carry out more mischievous behaviour in the region—the support for Hamas and Hisbollah and Palestinian rejectionist groups—and that they would feel less deterred and less restrained and that they would become quite cocky with a nuclear weapon. Some Iranian people also fear that this particular regime with a bomb could effort to become more repressive domestically and would be immune to outside pressures for reform.

Iranian bazaar negotiation strategy

Lastly about how the Iranians will react on 29 June or whatever the date is. I just was thinking of an observation that in Teheran or in Iran in general as opposed to the West, when you go into a shop or at a bazaar to buy a carpet, there is very rarely a price tag on anything. And this has been the Iranian negotiation strategy for a while. They do not issue very concrete demands that this is exactly what we are looking for. They say first, well, what can you offer us, let us talk, let us bargain, let us do bazaar actually. I think it is not precisely clear what it is that they are looking for. They have a macro idea what it is, but they are first waiting for the response and then they are going to issue a counter response.

4.6. Tim Guldemann: Was tun, wenn die Iraner „Ja, aber...“ antworten?

Es gibt in der Vergangenheit in der deutschen Außenpolitik meiner Meinung nach ein großes Problem. Das ist die Selbstunterschätzung. Es wäre ganz falsch, wenn die Deutschen dieses Problem auch noch auf ganz Europa übertragen. Ich spreche von Potentialen, nicht von der Realität. Ich glaube, die Veränderung der amerikanischen Politik hat auch etwas mit der europäischen Politik und speziell mit der deutschen Politik und Frau Merkel zu tun.

Vor diesem Hintergrund, was ist zu tun? Gehen wir einmal davon aus, die Iraner sagen am Ende zu dem Angebot der sechs Mächte „Ja, aber“. Ja, wir sehen in dem Angebot viel Positives, wir wollen darüber sprechen, aber in der Frage der Urananreicherung, da gehen wir nicht zurück.

Es ist wichtig, sich auf diese Antwort vorzubereiten. Ich plädiere dafür, schon im Vorfeld klarzustellen, dass dieses Angebot ein Vorschlag ist, über den gesprochen werden soll; dass es nicht ein Diktat ist, dass es nicht ein „take it or leave it“ ist, sondern dass darüber Gespräche geführt werden müssen mit Teheran. Aber wie zu Gesprächen kommen? Die Bedingung lautet ja, dass der Iran die Anreicherung aussetzen muss, damit Verhandlungen beginnen, und es ist sehr fraglich, dass sie das tun. Der Ausweg ist zu sagen: jetzt führen wir erst einmal „Verhandlungen über Verhandlungen“ oder „Gespräche über Gespräche“. Das hat man schon einmal im letzten Jahr so gemacht. Dann wird sich zeigen, inwiefern die Iraner bereit sind, die 164 Zentrifugen, an denen sie jetzt herumbasteln, stillzulegen, ja oder nein.

Es gibt Wichtigeres als die 164 Zentrifugen

Vielleicht antworten sie mit nein. Ich glaube, wie das auch schon von Herrn Neuneck gesagt wurde, diese Zentrifugen sind nicht problematisch. Für viel wichtiger halte ich eine Reihe anderer Fragen, die jetzt nicht so im Vordergrund stehen: Ist der Iran bereit, wieder das IAEA-Zusatzprotokoll anzuwenden, das internationalen Inspektoren uneingeschränkte, unangemeldete Kontrollen nicht nur in offiziell deklarierten Nuklearanlagen, sondern auch anderswo erlaubt? Ist er zur Einstellung des Schwerwasser-Programms bereit? Was ist mit der Zentrifugenproduktion? Wenn man in den Gesprächen diese Dinge angehen kann, könnte man sagen, wir können de facto, anstatt Gespräche über Gespräche zu führen, schon verhandeln.

Gleichzeitig müsste man natürlich schauen, dass die USA im Hinblick auf eine solche Vorgehen nicht ausscheren. Auch die USA haben ja schon angedeutet, dass das Angebot zu besprechen ist.

EU muss sich auf US-Druck vorbereiten

Was gibt es des Weiteren speziell für Europa zu tun? Ich halte es für wichtig, auch darauf vorbereitet zu sein, dass die Verhandlungen oder die „Gespräche über Gespräche“ schief gehen. Wenn das passiert, zerbricht die Kohärenz innerhalb der P 5 + 1, also der Vetomächte und Deutschland. Dann kommt Europa, dann kommt Deutschland von Seiten der USA unter Druck. Es ist – wie schon erwähnt – dringend notwendig, dass gerade von Deutschland aus ab sofort intensiv daran gearbeitet wird innerhalb der europäischen Union, mit allen 25 Staaten, nicht nur mit den drei Großen, einen Konsens zu erreichen. Dann kann man ausgehend von einer innerhalb der Europäischen Union abgesprochenen Position mit den Amerikanern sprechen.

Denn die Amerikaner werden nach Europa kommen und sagen: „Jetzt müsst ihr uns folgen!“ Wenn die Europäer dann nicht einig mit einer Stimme eine Politik verfolgen, dann haben wir wieder die Position der alten gegen die neuen Europäer beziehungsweise der guten gegen die schlechten. Das ist die Gefahr, die auf Europa zukommt, insbesondere auf Deutschland. Wenn das Anfang nächsten Jahres unter der deutschen EU-Präsidentschaft passiert, wenn das transatlantische Verhältnis gefährdet scheint, dann kann der Bruch möglicherweise auch quer durch die große Koalition in Berlin gehen.

5. Anhang

5.1. Verhandlungsangebot von China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Russland und den USA an den Iran vom Juni 2006

Elements of a revised proposal to Iran made by the E3+3

Our goal is to develop relations and cooperation with Iran based on mutual respect and the establishment of international confidence in the exclusively peaceful nature of Iran's nuclear programme. We propose a fresh start in negotiations of a comprehensive agreement with Iran. Such an agreement would be deposited with the IAEA and endorsed in a Security Council resolution.

To create the right conditions for negotiations:

We will:

- reaffirm Iran's right to develop nuclear energy for peaceful purposes in conformity with its NPT obligations, and in this context reaffirm their support for the development by Iran of a civil nuclear energy programme;
- commit to actively support the building of new light water reactors in Iran through international joint projects, in accordance with the IAEA Statute and the NPT.
- agree to suspend discussion of Iran's nuclear programme at the Security Council on resumption of negotiations.

Iran will:

- commit to addressing all the outstanding concerns of the IAEA through full cooperation with the IAEA;
- suspend all enrichment-related and reprocessing activities to be verified by the IAEA, as requested by the IAEA Board of Governors and the UN Security Council, and commit to continue this during these negotiations; and
- resume implementation of the Additional Protocol;

AREAS OF FUTURE CO-OPERATION TO BE COVERED IN NEGOTIATIONS ON A LONG-TERM AGREEMENT

NUCLEAR

We will take the following steps:

Iran's Rights to Nuclear Energy

- reaffirm Iran's inalienable right to nuclear energy for peaceful purposes without discrimination and in conformity with Articles I and II of the NPT, and co-operate with Iran in the development by Iran of a civil nuclear power programme.
- negotiate and implement a Euratom/Iran nuclear cooperation agreement.

Light Water Reactors:

- actively support the building of new light water power reactors in Iran through international joint projects, in accordance with the IAEA Statute and the NPT, using state-of-the art technology, including by authorising the transfer of necessary goods and the provision of advanced technology to make its power reactors safe against earthquakes.
- provide co-operation with the management of spent nuclear fuel and radioactive waste through appropriate arrangements.

Research & Development in Nuclear Energy

- provide a substantive package of research and development co-operation, including possible provision of light water research reactors, notably in the fields of radioisotope production, basic research and nuclear applications in medicine and agriculture.

Fuel Guarantees

- give legally binding, multi-layered fuel assurances to Iran, based on:
 - participation as a partner in an international facility in Russia to provide enrichment services for a reliable supply of fuel to Iran's nuclear reactors. Subject to negotiations, such a facility could enrich all the UF₆ produced in Iran.
 - establishment on commercial terms of a buffer stock to hold a reserve of up to 5 years' supply of nuclear fuel dedicated to Iran, with participation and under supervision of the IAEA.

- development of a standing multilateral mechanism for reliable access to nuclear fuel with the IAEA based on ideas to be considered at the next Board of Governors.

Review of Moratorium

The long-term agreement would, with regard to common efforts to build international confidence, include a clause for review of the agreement in all its aspects, to follow:

- confirmation by the IAEA that all outstanding issues and concerns reported by the IAEA, including those activities which could have a military nuclear dimension, have been resolved; and
- confirmation that there are no undeclared nuclear activities or materials in Iran and that international confidence in the exclusively peaceful nature of Iran's civil nuclear programme has been restored.

POLITICAL AND ECONOMIC

Regional Security Co-operation

Support for a new conference to promote dialogue and cooperation on regional security issues.

International Trade & Investment

Improving Iran's access to the international economy, markets and capital, through practical support for full integration into international structures, including the WTO, and to create the framework for increased direct investment in Iran and trade with Iran (including a Trade and Economic Cooperation Agreement with EU). Steps would be taken to improve access to key goods and technology.

Civil Aviation

Civil aviation cooperation, including the possible removal of restrictions on US and European manufacturers, from exporting civil aircraft to Iran, thereby widening the prospect of Iran renewing its fleet of civil airliners.

Energy Partnership

Establishment of a long-term energy partnership between Iran and the EU and other willing partners, with concrete and practical applications.

Telecommunications Infrastructure

Support for the modernisation of Iran's telecommunication infrastructure and advanced internet provision, including by possible removal of relevant US and other export restrictions.

High Technology Co-operation

Co-operation in fields of high technology and other areas to be agreed.

Agriculture

Support for agricultural development in Iran, including possible access to US and European agricultural products, technology and farm equipment.

Quelle: www.diplomatie.gouv.fr

5.2. Abkürzungsverzeichnis

CEO	Chief Executive Officer, englische Bezeichnung für einen Vorstandsvorsitzenden oder Generaldirektor
EU3	Deutschland, Frankreich, Großbritannien
ICG	International Crisis Group
IAEA/IAEO	International Atomic Energy Agency/Internationale Atomenergiebehörde
G8	Gruppe der Acht (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland, USA)
HEU	High Enriched Uranium
LEU	Low Enriched Uranium
MIT	Massachusetts Institute of Technology Cambridge/USA
NVV	Nichtverbreitungsvertrag (englisch: Non-Proliferation Treaty, NPT)
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development; dt.: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
P-1/P-2-Zentrifugen	Technologie zur Urananreicherung
P5/P5+1	Die fünf UN-Vetomächte/ Die fünf UN-Vetomächte plus Deutschland
UF	Uranhexafluorid

6. Literaturhinweise

- Albright, David and Corey Hinderstein. 2006. "Iran's Next Steps: Final Tests and Construction of a Uranium Enrichment Facility". Institute for Science and International Security, Washington DC, 12 Januar 2006.
- Boemcken, Marc von und Jerry Sommer (BICC). 2006. „Der Streit um das iranische Atomprogramm: Auf der Suche nach dem ‚kreativen Kompromiss‘“. In *BICC Focus*. Bonn International Center for Conversion, Juni 2006. Accessible via www.bicc.de.
- Brzoska, Michael, Götz Neuneck und Oliver Meier (IFSH). 2006. „Nur Diplomatie kann den Nuklearkonflikt mit dem Iran lösen: Neue Vorschläge und das amerikanische Gesprächsangebot“. In *Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik*, Ausgabe 37/2006, Juni 2006. Accessible via www.ifsh.de
- Forden, Geoffrey and John Thomson. 2006. "Multinational Facilities May Solve Iranian Nuclear Stalemate". In *Jane's Intelligence Review*, April 2006, pp. 32–34.
- International Crisis Group. "Iran: Is There a Way Out of the Nuclear Impasse?" In *Middle East Report N°51*, 23 Februar 2006. Accessible via www.crisisgroup.org.
- International Institute for Strategic Studies: "Iran's Nuclear Programme". In *IISS Strategic Comments*, Volume 12, Issue 1, February 2006, London
- Rogers, Paul. 2006. „Iran: Folgen eines Krieges“. Herausgegeben von der Oxford Research Group, IPPNW und Netzwerk Friedenskoooperative, englische Ausgabe Februar 2006, deutsche Ausgabe März 2006.
- Rudolph, Peter und Chi-Huy Tran. 2005. „Sanktionen gegen den Iran“. In: *Stiftung Wissenschaft und Politik-Aktuell*, 36, August 2005.
- Wolfsthal, Jon B. 2006. "Understanding Iran's Nuclear Manövers". Center for Strategic and International Studies (CSIS), Washington DC, 11 January 2006, Accessible via www.bits.de.

Internet-Quellen:

Iran Focus News: www.iranfocus.com/modules/news/

Wisconsin Project on Nuclear Arms Control: Iran Watch:
www.iranwatch.org/

Arms Control Association: www.armscontrol.org/country/iran

Berliner Institut für Transatlantische Sicherheit: www.bits.de

Council on Foreign Relations, Washington: <http://www.cfr.org>

International Atomic Energy Agency: IAEA and Iran:
www.iaea.org/NewsCenter/Focus/laealran